



Studienzeitverkürzung

Wir nehmen jetzt einfach 'ne Abkürzung...!

FSI INFORMATIK  
Dez '90



# IMPRESSUM

OUTPUT ist die Zeitschrift der Erlanger Informatikstudentinnen und -studenten. Sie wird herausgegeben von der Fachschaftsinitiative Informatik. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:

*Quintenz* *Kennik* *Brigitte* *Simon*  
*ferd* *Olus* *Nicola* *Mare* *Elle*  
*Britta* *Dick* *Dilly* *Peter*

V.i.S.d.P: Detlef Kraska, Turnstr. 7, 8520 Erlangen

Datum: 1.12.1990

Auflage: 1500

Druck: Druckladen, Bismarckstraße

## INHALT:

Neues aus der Studienkommission.....	3
Prüfungsstatistik.....	11
Wissenswertes aus der Rechtsabteilung.....	16
Neues vom Becher.....	18
Wer kontrolliert die Kontrolleure.....	19
Faulheit oder ... ..	22
Weder eine Anklage, noch ein Bekenntnis.....	23
Danksagung eines Drittsemesters.....	25
Busse, was sind Busse.....	26
Zwei Wochen Ferien.....	27
Hier ist nichts gestorben.....	29
Don't die for Texaco.....	34
Gemischtes.....	37
SCHWERPUNKT: Studienzeitverkürzung.....	38
Stellungnahme: FSI Informatik.....	42
Prof. Schneider.....	46
Herr Becker (Studienberater).....	48
Dr. Strehl.....	49
Herr Kuhn (Mitarbeiter in der StuKo).....	50

Wir freuen uns über die zahlreichen Stellungnahmen zu unserem Schwerpunktthema, die zeigen, daß die Studienzeitverkürzung ein Problem nicht nur der Studierenden, sondern der gesamten Universität ist. Innerhalb der Studierendenvertretung gibt es auch Arbeitskreise zu diesem Thema, die leider recht personalschwach sind.

Wenn Ihr Ideen für presseträchtige Aktionen etc. habt, oder auch einfach nur mithelfen wollt, daß die beschlossenen Maßnahmen nicht kommentarlos geschluckt werden: schaut doch mal bei der FSI vorbei! Nur gemeinsam können wir etwas erreichen.

# Neulich in der Studienkommission

am 11.7.90

Die vorletzte Sitzung der Studienkommission Informatik (StuKo) fand am 11. Juli statt. Wie schon fast üblich, mußte es auch in dieser Sitzung wieder schnell gehen: Beginn war um 14 Uhr und um 15.30 Uhr tagte bereits die nächste Kommission. So ging denn auch ein allgemeines Aufatmen durch den Raum, als die Sitzung durch "zügiges Diskutieren" bereits um 15.15 Uhr beendet werden konnte. Daß zum Diskutieren vor allem Zeit nötig ist, scheint eine in Vergessenheit geratene Tatsache zu sein. Doch zum Ablauf:

EinE StudentIn hatte den Antrag gestellt, Theologie als Nebenfach zuzulassen. Begründet war der Antrag u. a. mit ethischen Gesichtspunkten, angenommen wurde er jedoch aus ganz anderen Gründen: es gebe einen Zusammenhang mit der Informatik im technischen Bereich (Datenbanken, Auskunftssysteme) und die Theologen hätten ja auch einen CIP-Pool. Es sei aber nicht möglich, weitere Informationen von der AntragstellerIn zu bekommen, weil das Thema dann in der nächsten Sitzung nochmals behandelt werden müßte. Der Antrag wurde als Einzelantrag behandelt, d. h. Theologie ist damit noch nicht allgemein als Nebenfach zugelassen, sondern muß von denjenigen, die es wählen möchten, auch einzeln beantragt werden.

Da uns der Antrag nicht vorlag und er auch nur ausschnittsweise verlesen wurde, konnten wir nicht sehr viel dazu sagen. Daher eine große Bitte an alle, die in Zukunft Anträge an die StuKo oder andere Gremien (Fachbereichsrat etc.) stellen, in denen studentische VertreterInnen sitzen: meldet euch vorher bei uns, damit wir mehr Hintergrundwissen über euer Anliegen haben und es entsprechend besser unterstützen können !!

Das Prüfungsamt hat mitgeteilt, daß ab diesem Wintersemester Studierende, die ihre Diplomarbeit aus von ihnen selbst zu vertretenden Gründen nicht bis zum Ende des 13. Semesters beendet haben, erstmalig durch die Hauptdiplomprüfung gefallen sind (§14.3 DiplPrOTF, §9 FPO Inf). Laut Herrn Merker, Rechtsreferent der Uni. und nach Ansicht des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst (MiWiKu) ist nämlich die Diplomarbeit als eine Prüfungsleistung und damit als ein Teil der Diplomhauptprüfung zu betrachten und folglich die Regelung nach og. Paragraphen anzuwenden. Da die eigentlichen HD-Prüfungen bis zum Beginn der Lehrveranstaltungen des 13. Semesters (das ist 1 Monat nach Beginn des 13. Sem., Semesterbeginn jeweils 1. 4. und 1. 10., Beginn der LV und Ende der Prüfungen 1. 5. und 1. 11.) abgelegt sein müssen, bleiben für die Bearbeitung der Diplomarbeit nur noch 5 Monate, vorgesehen sind jedoch 6. Bisher teilte das Prüfungsamt Studierenden in dieser Situation mit, daß sie die Diplomarbeit nicht mehr rechtzeitig beenden könnten und ließ sie daher gar nicht erst zu. Das Prüfungsamt soll nun darauf hingewiesen werden, daß in diesem Fall der eine Monat gewährt werden muß.

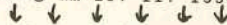


# Neulich in der Studienkommission

am 11.7.90

Die Fachprüfungsordnung (FPO) widerspricht sich nämlich in dem Punkt selbst: In §1a heißt es: "Die mündliche Diplomhauptprüfung findet bis zum Beginn der Lehrveranstaltungen des neunten Semesters statt, in unmittelbarem Anschluß daran ist die 6-monatige Diplomarbeit anzufertigen.", was auf eine Regelstudiendauer von 9 Sem. + 1 Monat hinausläuft, die laut §14/3 DiplProTF (Diplomprüfungsordnung der Technischen Fakultät) um max. 4 Sem. überschritten werden darf, also ist mensch spätestens nach 13 Sem. + 1 Monat zum ersten Mal durchs Hauptdiplom (HD) gefallen, im Gegensatz zu nur 13 Sem. in §9 FPO Inf.

Betreffs der Studienreform haben Gespräche zwischen Informatik und Physik / E-Technik stattgefunden, bei denen sich die Physiker und E-Techniker im wesentlichen mit dem Entwurf des Modells einverstanden erklärten, so daß nun der Weg für eine Durchführung der Reform zum WS 1991/92 geebnet sein sollte. Der Sprecher der StuKo, Prof. Müller, hatte bereits einen Entwurf für eine FPO-Änderung angefertigt, der den StuKo-Mitgliedern als "Hausaufgabe" über die Sommerferien mitgegeben wurde, damit er in der ersten Sitzung des Wintersemesters beraten werden konnte. Über einige Dinge muß allerdings noch nachgedacht werden, unter anderem die Übergangsregelungen. Nähere Informationen sind im FSI-Zimmer zu erhalten, siehe auch den Artikel über die betreffende Sitzung am 28. 11. 1990.



... und am 28.11.90

Erstaunlich lange dauerte die StuKo-Sitzung am 28. 11., geschlagene 4 Stunden nämlich. Im Gegensatz zu den vorhergehenden Sitzungen hatten die Profs erfreulicherweise genug Zeit und Geduld (es gab wohl diesmal im Anschluß keine Grillfete mit Freibier), so daß eine ausführliche Diskussion möglich war. Ein Prof, der zwischenzeitlich zu einer Vorlesung weg mußte, kam sogar danach wieder. Auch der Besuch war sehr gut: Fast alle Mitglieder der StuKo waren anwesend. Wir hoffen, daß das auch weiterhin so bleibt!

Nun zunächst einige kurze Berichtspunkte:

- Das Wahlangebot im Nebenfach Physiologie soll umgebaut und erweitert werden (siehe nebenstehender Plan). Der Studienführer wird dahingehend ergänzt.
- Der Lehrstuhl für Simulation steht auf der Dringlichkeitsliste der TechFak auf Platz 2. Dem Vernehmen nach wird mit der Genehmigung zum WS 1991/92 gerechnet.
- Es wird im SS 1991 wieder eine interdisziplinäre Ringvorlesung "Systemtechnik" geben. Sie soll als kleiner Schein im Hauptstudium anerkannt werden. Der genaue Inhalt wird noch per Aushang bekanntgegeben.

## NEBENFACH PHYSIOLOGIE

### Grundstudium:

- |    |    |  |  |       |         |
|----|----|--|--|-------|---------|
| 1) | WS | Handwerker, Spreng, Finkenzeller, Plattig, Kohlöffel | Physiologie I für Informatiker, Naturwissenschaftler und Ingenieure (Neuro- und Sinnesphysiologie) | 3 SWS | Prüfung |
| 2) | WS | Spreng   | Biokybernetik und Datenverarbeitung in Organismen  | 2 SWS | Schein  |
| 3) | WS | Spreng   | Einführung in med. Expertensysteme (mit Übungen)   | 1 SWS |         |

### Hauptstudium:

#### a) Vorlesungen

- |      |       |  |   |       |         |
|------|-------|--|---|-------|---------|
| 1)   | SS    | Handwerker, Spreng, Finkenzeller, Plattig, Kohlöffel | Physiologie II für Informatiker, Naturwissenschaftler und Ingenieure (Regelung und Funktion innerer Organe) | 2 SWS | Prüfung |
| oder |       |  |   |       |         |
| 2)   | WS    | Kessler, Bauer, Höper u.a.                           | Einführung in die Organphysiologie Naturwissenschaftler und Ingenieure (Funktion und Regulation)            | 2 SWS | Prüfung |
| 3)   | SS    | Spreng   | Datenverarbeitung physiologischer Meßwerte  | 2 SWS | Schein  |
| 4)   | SS    | Spreng   | Medizinische Expertensysteme (mit Übungen)  | 1 SWS |         |
| 5)   | WS/SS | Handwerker/Brune                                     | Physiologisch-Pharmakologisches Kolloquium  | 2 SWS | Prüfung |

#### b) Übungen

- |      |   |                    |   |       |         |
|------|---|--------------------|---|-------|---------|
| 1)   | Praktische Labortätigkeit mit Einführung in Methoden der experimentellen Sinnesphysiologie und medizinische Datenverarbeitung |                    |   |       |         |
|      | WS/SS   | Handwerker, Spreng | Übungen und Anleitungen zur physiologischen Labortätigkeit (ZnV, auch während der vorlesungsfreien Zeit, persönl. Anmeldung bei Prof. Spreng) | 7 SWS | Prüfung |
| oder |   |                    |   |       |         |
| 2)   | WS/SS   | Kessler, Höper     | Physiologische Übungen für Ingenieure und Naturwissenschaftler  | 7 SWS | Prüfung |

Für die mündliche Prüfung (> = 9 SWS) kommen alle genannten Lehrveranstaltungen in Frage, die nicht durch Scheinerwerb abgedeckt sind.

Kontaktperson: Prof. Dr. M. Spreng

Forderung: 19 SWS Vorlesungen bzw. Übungen (6 Grund-, 13 Hauptstudium)



# Neulich in der Studienkommission

- Ein Problem ergab sich bei der Vorstellung der Lehrveranstaltungen im SS 1991: Der Etat des Instituts für Lehraufträge (solche werden an Leute aus der Industrie oder an anderen Unis vergeben, die dann hier an der Uni eine Veranstaltung halten) beträgt 14.400 DM pro Jahr, das sind 10 SWS. Im SS 1991 sind aber bereits Lehraufträge im Umfang von 12 SWS geplant, einer allerdings unbesoldet, bleiben also 10 SWS allein im nächsten Sommersemester. Hinzu kämen noch Reisekosten, in einem Fall wurden ganze 3.000 DM dafür gefordert, um mit dem

Auto von Heidelberg nach Erlangen zu fahren. Es wurde beschlossen, dem Fachbereichsrat (FBR) alle 6 Lehraufträge vorzuschlagen und zu versuchen, daß die Reisekosten von Lehrbeauftragten aus der Industrie (meist IBM) von der jeweiligen Firma finanziert werden. Eine gleichmäßige Verteilung der Lehraufträge, d. h. eine Verschiebung einiger Veranstaltungen ins Wintersemester wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die betreffenden Personen die Anreise im Auto wegen der schlechten Verkehrsverhältnisse im Winter scheuen würden. Das bedeutet, daß im WS 1991/92 keine Lehraufträge mehr vergeben werden können, was z. B. die Vorlesung Systemsimulation I von Prof. Schmidt betrifft. Es soll aber versucht werden, bis zum WS eine Erhöhung des Etats für Lehraufträge beim Ministerium zu erreichen.

- Zum Thema Klausureinsichtnahme: Laut Herrn Merker, Rechtsreferent der Uni, ist die bisherige Regelung, die Einsichtnahme vor Bekanntgabe der Noten an das Prüfungsamt zu machen, nicht rechtens. Auch sei bei der Einsichtnahme durch StudentInnen "Diskussion oder Auskunft durch Aufsichtspersonal" unzulässig. Selbst bei simplen Korrekturfehlern ist also ab jetzt ein schriftlicher Widerspruch beim Prüfungsausschuß notwendig. Der Prüfungsausschuß wird allerdings gebeten, den Beschluß zu fassen, daß die Einsichtnahme direkt nach der Weitergabe der Noten an das Prüfungsamt erfolgen kann und nicht erst nach Mitteilung der Noten an die Studierenden durch das Prüfungsamt.

Unsere Empfehlung: Habt keine Scheu vor einem Widerspruch beim Prüfungsausschuß, ihr habt dabei schließlich nichts zu verlieren. Im Gegenteil: stellt massenweise

Beschwerdeanträge, selbst bei nur kleinen Fehlern und auch, wenn ihr die Prüfung bestanden habt. Vielleicht sehen die Juristen dann ein, daß die bisherige Handhabung einfach praktikabler ist!

- Von uns wurden einige Verfahrensfehler bei Prüfungen und schlecht koordinierte Termine seitens der Physiker und E-Techniker kritisiert: So hatten die Physiker die Weitergabe des Scheins an das Prüfungsamt im letzten Frühjahr so lange verzögert, bis die Frist für die Nachreichung der Scheine für die Anmeldung zum Vordiplom verstrichen war. Dadurch konnten einige Leute die TGI-Prüfung nicht mit-schreiben, obwohl sie den Schein hatten.

# Neulich in der Studienkommission

In der letzten TGdI-Klausur im Oktober ist es vorgekommen, daß Fehler in der Aufgabenstellung in einigen Hörsälen bekanntgegeben wurden, in anderen jedoch nicht. Dazu wurde uns empfohlen, daß Leute aus den letzteren Hörsälen Widerspruch beim Prüfungsausschuß einlegen sollten und gute Chancen haben, daß die Klausur wegen derartiger Verfahrensfehler annulliert wird, d. h. wer nicht bestanden hat, kann sie wiederholen.

Die E-Techniker hatten im Sommer den Termin zur Vorgesprechung des elektrotechnischen Praktikums parallel zu einer Zweitsemestervorlesung gelegt und sich auch bei der Auswahl des Klausurtermins für die Scheinklausur (Seitzer-Teil) keine Mühe gegeben: sie lag am selben Tag wie die DAS-Klausur und ließ sich auch partout nicht mehr verschieben, außer von 14 auf 18 Uhr.

Der Sprecher der StuKo bat uns um eine schriftliche Beschwerde, die die StuKo an die Verantwortlichen weiterleiten wird.

- Die Diskussion um den Maßnahmenkatalog des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst (MiWiKu) zur Studienzeiterkürzung wurde, da es schon ziemlich spät war, auf die nächste Sitzung am 19. 12. vertagt. Der Geist des Papiers floß allerdings schon in die Diskussion um die Studienreform ein. Die Mehrheit der Profs beugt sich der "neuen Zielsetzung" des Ministeriums und ist wohl nicht bereit, sich ihr zu widersetzen.

Die meiste Zeit nahm denn auch der Punkt "Studienreform" in Anspruch. Die zukünftige Studienordnung wurde mit Änderungen gegenüber dem letzten Entwurf verabschiedet: zu unserer Verärgerung waren die bereits vorhandenen geschlechtsneutralen Formulierungen zugunsten einer "Vorbemerkung zum Sprachgebrauch" wieder durch die männlichen Formen ersetzt worden. Sie lautet:

"Der durchgängig maskuline Formen aufweisende Sprachgebrauch der nachstehenden Satzung bringt den Auftrag der Hochschule, die verfassungsrechtlich gebotene Gleichstellung von Mann und Frau herzustellen und die für Frauen bestehenden Nachteile zu beseitigen, sprachlich nicht angemessen zum Ausdruck. Auf Verwendung von Doppelformen (z. B. Bewerberin/Bewerber) wird jedoch verzichtet, um Lesbarkeit und Übersichtlichkeit zu wahren. Mit allen im Text verwendeten Personenbezeichnungen sind stets beide Geschlechter gemeint."

Der Senat der Universität hat beschlossen, daß diese Formulierung in alle Studien- und Prüfungsordnungen der Uni aufzunehmen sei, um der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung zu tragen. Daß die geschlechtsneutrale Formulierung der Studienordnung über den Beschluß hinausgeht und die Vorbemerkung sogar überflüssig macht, wollten die Herren Professoren nicht einsehen. Auf unsere Frage nach den Gründen für diesen Rückschritt bekamen wir zu hören: Die Verwendung geschlechtsneutraler Formen laufe dem Senatsbeschluß zuwider. Der verlange nämlich die Aufnahme der Vorbemerkung, welche die geschlechtsneutralen Formen ausdrücklich verbietet. Die



# Neulich in der Studienkommission

Verwendung der Formulierung "Studierende" für Studentinnen und Studenten sei nach Rechtsauskunft von Herrn Merker nicht zulässig, da Studierende := Studenten + Gaststudenten, und für letztere gelte die Studienordnung ja gar nicht. Offenbar können manche Männer eher logische Widersprüche in ihrer Argumentation ertragen bzw. definieren die deutsche Sprache nach juristischen Gesichtspunkten um, bevor sie sich an geschlechtsneutrale Formulierungen gewöhnen.

In §2 wird die Regelstudienzeit auf 9 Sem. + 1 Monat (für die Dauer der Prüfungen zum 2. Teil Hauptdiplom (HD)), die ja bereits im 1. Monat des neuen Semesters stattfinden) festgesetzt, womit dem Vollzug des BHG genüge getan wird. Die Realität sieht allerdings ganz anders aus: Wie der Sprecher der StuKo berichtete, befanden sich von den 74 erfolgreichen HD-AbsolventInnen im WS 1989/90 ganze 4 im 9. Sem., 20 im 11., 30 im 13. und 3 hatten sogar mehr als 18 Sem. hinter sich. Nur 1 Person war endgültig durch die HD-Prüfung gefallen. Aber auch über die Realitäten läßt sich noch streiten: Für einige Profs ist offensichtlich, daß eine Regelstudienzeit von 9 Sem. durchaus gerechtfertigt ist, denn es gibt ja schließlich Leute, die das in dieser Zeit schaffen.

Ganz begeistert war Prof. Müller von folgendem Passus,

den er in der Studienordnung Informatik von Passau gefunden hatte: "Verschiebungen innerhalb der Semester und Veränderungen des Umfangs von Lehrveranstaltungen um +/-20% der angegebenen Stundenzahlen sind möglich." (§7.5). Da die Passauer Studienordnung bereits vom MiWiKu genehmigt ist, wurde der Passus sogleich auch in unsere Studienordnung mit aufgenommen.

Prof. Schneider hatte schriftlich beantragt, die vom MiWiKu geforderte Einschränkung der Wiederholbarkeit von Scheinen gleich in Studien- und Fachprüfungsordnung zu verankern, was letztlich den Unterschied zwischen Scheinen (= Studienleistungen) und Prüfungsleistungen verwischen würde. Der Antrag wurde (gottseidank) abgelehnt, allerdings mit dem Hintergrund, daß de facto Scheine sowieso nicht beliebig oft wiederholbar sind, da irgendwann die Zwangsexmatrikulation droht.

Bzüglich der Studienarbeit wurde ein Passus aus der Studienordnung Elektrotechnik leicht abgeändert übernommen:

"Die Studienarbeit stellt eine Studienleistung dar, die in den Anforderungen so gestaltet ist, daß sie eine reine Bearbeitungszeit von drei Monaten erfordert. Da die Studienarbeit parallel zu anderen Lehrveranstaltungen durchgeführt werden kann, sind Anfangs- und Abgabetermin jeweils vom betreuenden Hochschullehrer im Einvernehmen mit dem Bearbeiter schriftlich festzulegen. Die so festgesetzte Bearbeitungsdauer darf 9 Monate nicht überschreiten. Gibt der Bearbeiter die Studienarbeit aus von ihm zu vertretenden Gründen nicht innerhalb der vereinbarten Frist ab, so wird die Arbeit mit "nicht ausreichend" bewertet. Die Studienarbeit ist von dem



# Neulich in der Studienkommission

Hochschullehrer, der die Arbeit ausgegeben hat, innerhalb von 3 Monaten nach der Abgabe zu bewerten."

In der FPO wurde folgendes geändert:

Auf Vorschlag von Herrn Becker wird ein zusätzlicher §1c eingeführt, der einige Formalitäten zur Fächerwahl genauer festlegt. Unter anderem ist darin der folgende Absatz enthalten:

"Grundsätzlich sind Leistungsnachweise in Lehrveranstaltungen aus einem Wahlpflichtfach gemäß §6 und aus dem Nebenfach gemäß §11 unter Beachtung von Absatz 4 aus demselben Fachgebiet zu wählen, aus dem der Prüfungsstoff der betreffenden Einzelprüfung gewählt wird."

Das bedeutet, daß es in Zukunft nicht mehr möglich sein wird, sich z. B. im Vordiplom (VD) in Linguistik prüfen zu lassen und als Wahlpflichtfachschein den

zweiten DAS-Schein einzureichen. So etwas soll auf Fächer wie z. B. Physik beschränkt werden, bei denen das Nebenfach keine Prüfung, aber einen Schein (oder umgekehrt) im Grundstudium vorsieht.

Am Modell für die Studienreform wurde auch noch einiges geändert:

Von Organisation und Technologie von Rechensystemen wurden 2 Vorlesungstunden vom 1. ins 2. Semester verschoben, es sind also jetzt 2+2 (V+Ü) im 1. und 4+2 im 2. Sem., was allerdings die Stundenzahl im 2. Sem. auf 26 gegenüber 20 im 1. Sem. erhöht. Organisation und Technologie III und IV sind nunmehr je 1+1 Stunden (V+Ü) statt bisher 2 V.

Für die Zulassung zum VD werden verlangt je ein Schein in:

- 1) Mathematik I oder II
- 2) Systemprogrammierung I oder II

- 3) Organisation und Technologie von Rechensystemen III und IV (ein Schein)

- 4) Mathematik III oder Wahrscheinlichkeitsrechnung I

- 5) Seminar

- 6) Elektrolgisches Praktikum

- 7) Wahlpflichtfach

Das VD selbst besteht weiterhin aus 6 Prüfungen in

- 1) Algorithmik I und II

- 2) Organisation und Technologie von Rechensystemen I und II

- 3) Mathematik I und II

- 4) Mathematik III und Wahrscheinlichkeitsrechnung I

- 5) Einführung in die Theoretische Informatik

- 6) Wahlpflichtfach

Nach wie vor kann die VD-Prüfung in zwei Abschnitten abgelegt werden, der erste Abschnitt muß die Prüfungen Nr. 2 und 3 umfassen, Zulassungsvoraussetzung zum 1. Abschnitt ist lediglich der Mathe I/II-Schein.

Wie zu sehen ist, hat sich am Konzept der Mathematik-Prüfungen rein gar nichts geändert. Ob sich wenigstens am Inhalt was ändert, d. h. der Stoff stärker an die Bedürfnisse der Informatik angepaßt wird (es war ja geplant, den DAS-Stoff mit einzuarbeiten), daran haben wir noch Zweifel, denn den Mathematikern scheint jegliche Änderung (= Verbesserung) des status quo sehr suspekt zu sein.

Dafür gibt es eine Informatikprüfung weniger als im letzten Entwurf: statt einer Prüfung in Systemprogrammierung I und II wird nur noch ein Schein in I oder II verlangt, der Stoff ist allerdings auf jeden Fall für's Hauptstudium relevant und wird dort vorausgesetzt.

# Neulich in der Studienkommission

Wie der Schein über Organisation und Technologie von Rechensystemen III und IV aussehen soll, ist noch nicht ganz klar, entweder eine Klausur über beide Semester, die jedes Sem. wiederholbar ist, oder zwei Klausuren, deren Punkte zusammengerechnet werden.

Die Beibehaltung der Mathe-Hausaufgabenscheine halten wir für sinnvoll, da sie eigentlich keine Leistungsscheine sind, sondern der Vorbereitung auf die Prüfung dienen.

An Übergangsregelungen war bisher nur vorgesehen, Scheine und Prüfungen des neuen Modells als solche des alten Modells anzuerkennen und umgekehrt, sowie Kenntnisprüfungen für Scheine. Wir trugen unsere Forderung vor, daß die Vorlesungen bzw. wenigstens die Übungen des alten Studienplans noch einen Vorlesungszyklus, d. h. 2 Jahre lang angeboten werden sollen:

Betretenes Schweigen und fragende Gesichter. Unsere Realisierungsvorschläge: Diese Veranstaltungen müßten ja nicht unbedingt von Professoren, sondern könnten auch von AssistentInnen gehalten werden; die HörerInnen müßten mit Zeiten von 6-8 Uhr abends vorlieb nehmen können, und die GdI-Vorlesung könnte von jemand gehalten werden, der durch die Umstellung ein Jahr lang nichts im Grundstudium zu tun hat, um nicht 4 Lehrstühle damit zu belasten: noch betreteneres Schweigen. Das bedeutet schließlich Arbeit für die Profs.

Fazit: Der Sprecher der StuKo erkundigt sich bis zur nächsten Sitzung bei Herrn Merker (ohne seinen Rechtspruch scheint an dieser Uni nichts zu gehen), zu welchen Übergangsregelungen die Uni verpflichtet ist. Wenn er antwortet, daß keine Übergangsphase notwendig ist, so werden die Profs unserer Einnschätzung nach keinen Strich mehr tun als das, wozu sie rechtlich verpflichtet sind. Lautet die Auskunft jedoch, daß die Veranstaltungen noch länger parallel gehalten werden müssen, so ist die Studienreform damit endgültig gestorben.

WS 1990/91	SS 1991	WS 1991/92	SS 1992	WS 1992/93	SS 1993	WS 1993/94	SS 1994
		1. Sem alt	2. Sem alt	3. Sem alt	4. Sem alt		
3. Sem alt	4. Sem alt	3. Sem alt	4. Sem alt	3. Sem neu	4. Sem neu	3. Sem neu	4. Sem neu
1. Sem alt	2. Sem alt	1. Sem neu	2. Sem neu	1. Sem neu	2. Sem neu	1. Sem neu	2. Sem neu

Jürgen, Elle



# PRÜFUNGSSTATISTIK

Hier ist nun also die Prüfungsstatistik für die Vordiplomprüfungen vom April 1990. Die Ergebnisse sind im großen und ganzen leider nicht sehr erfreulich, der einzige Lichtblick ist die Mathe I/II-Prüfung bei Herrn Kirsch, bei der nur 17 von 96 TeilnehmerInnen durchfielen. Die Durchfallquote betrug 17,7 Prozent (gegenüber 15,3 Prozent im Oktober).

Das goldene Sieb für die höchste Durchfallquote verleihen wir dieses Mal an die für die TGdI-Klausur verantwortlichen Physik- und E-Technik-Lehrstühle: sie betrug hier knapp über 50 % (33 von 65 Leuten) gegenüber 19,3 % im Herbst, eine beachtliche Steigerung. Herzlichen Glückwunsch!

Demgegenüber muten die Durchfallquoten bei GdI (38,5 %) und Mathe III/IV (37,8 %), die sich im Vergleich zum Oktober auch kaum geändert haben, geradezu lächerlich niedrig an. Mensch könnte sich direkt mit der Zeit daran gewöhnen, obwohl sie immer noch vergleichsweise hoch sind.

Wenn wir uns die Notenverteilung innerhalb der einzelnen Fächer einmal genauer betrachten, so fällt etwas Merkwürdiges auf: Bei GdI, TGdI und Mathe III/IV gibt es eine Senke bei 4,0 und einen Peak bei 4,3, bei Mathe I/II ist es gerade umgekehrt. Woraus wir unschwer schließen können, in welcher Richtung geschoben wurde, um noch ein paar Leute unter bzw. über (vielen Dank an Herrn Kirsch!) die kritische 4,0-Schranke zu hieven. Aber selbstverständlich gibt es keine kapazitätsorientierten Durchfallquoten. Oder etwa doch?

Die Vordiplomergebnisse vom Oktober 1990 sehen leider noch schlechter aus. Spitzenreiter ist dabei die Mathe I/II-Klausur von Dr. Letz: 58,2 % fielen durch, das sind 114 von 196 TeilnehmerInnen, im Vergleich zu 15,3 bzw. 17,7 % im Oktober '89/ April '90 bei Prof. Kirsch. Das goldene Sieb haben Sie sich redlich verdient, Herr Letz! Angesichts der Zahlen werden wir allerdings den Verdacht nicht los, daß die Durchfallquoten beim Lehrstuhl Weinitschke immer höher sind als die beim Lehrstuhl Dejon.

An zweiter Stelle dicht dahinter folgt die GdI-Klausur mit einer Durchfallquote von 49,4 % (119 von 241 TeilnehmerInnen), das ist die höchste GdI-Durchfallquote mindestens seit Oktober 1989. Dagegen nimmt sich die in TGdI direkt bescheiden aus: lediglich 37,1 % oder 83 von 224 Leuten haben nicht bestanden.

In der Mathe III/WR I-Klausur (Kirsch/Graef) schließlich sind nur 37 von 233 TeilnehmerInnen oder 15,9 % durchgefallen.

Welche Erklärungen gibt es nun für die im Vergleich zum jetzigen 5. Semester relativ hohen Durchfallquoten des jetzigen 3. Semesters? Seid ihr alle viel dümmer und fauler als der Jahrgang vor euch und habt euch nur nicht genügend "auf euren Hosenboden gesetzt", wie Dr. Letz das ausdrücken würde? Seiner Meinung nach liegen die Ergebnisse "im Rahmen der natürlichen Schwankungsbreite".

An kapazitätsorientierte Durchfallquoten mag ich fast nicht mehr glauben, denn der AnfängerInnenjahrgang 1988/89 bestand (damals noch) aus ca. 450 Leuten im Gegensatz zu nur 280 zum WS 1989/90.

Allerdings scheint mensch sich sowohl auf Professoren- als auch auf StudentInnenseite an Durchfallquoten um bzw. über 50 % gewöhnt zu haben.

So meinte z. B. Dr. Letz bei einem Gespräch über die Mathe-Klausur, in DAS habe es ja auch schon eine Durchfallquote von über 80 % gegeben, deswegen seien 58 % doch gar nicht so hoch. Meiner Meinung nach ist dies der Ausdruck einer gefährlichen Tendenz, die durchaus im Sinne der neuen Zielsetzung der Ministeriums für Wissenschaft und Kunst ist:

die Bewältigung der Überlast-situation durch "Aussortieren" der "schlechten" Studierenden, was sicherlich wesentlich billiger kommt als der notwendige Ausbau der Universitäten.

Vielleicht sollten wir daher in Zukunft einen Preis für die niedrigste Durchfallquote verleihen, denn die hohen sind ja nichts Ungewöhnliches mehr.

P. S.: Vielen Dank an Klaus, Torsten und Detlef für die wertvolle Hilfe bei der "Datenerhebung"!

*Süßen*

Prüfungstatistik Vordiplom Informatik

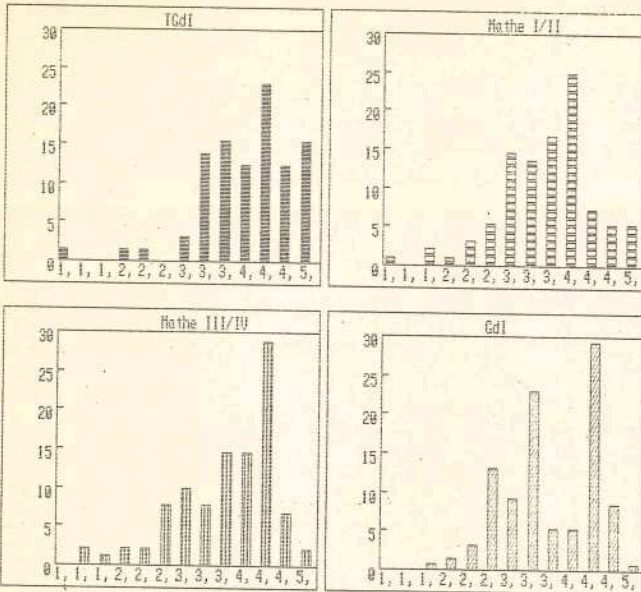
		1,0	1,3	1,7	2,0	2,3	2,7	3,0	3,3	3,7	4,0	4,3	4,7	5,0
April 1990														
HdI (Kunze/	#:	1	0	0	1	1	0	2	9	10	8	15	8	10
Unbehauen/Seitzer)	%:	1,5	0,0	0,0	1,5	1,5	0,0	3,1	13,8	15,4	12,3	23,1	12,3	15,4
Mathe I/II	#:	1	0	2	1	3	5	14	13	16	24	7	5	5
(Kirsch)	%:	1,0	0,0	2,1	1,0	3,1	5,2	14,6	13,5	16,7	25,0	7,3	5,2	5,2
Mathe III/IV	#:	0	2	1	2	2	7	9	7	13	13	26	6	2
(Mirsch/Graef)	%:	0,0	2,2	1,1	2,2	2,2	7,8	10,0	7,8	14,4	14,4	29,9	6,7	2,2
GdI (Herzog/Leeb/	#:	0	0	1	2	4	17	12	30	7	7	38	11	1
Schneider/Hofmann)	%:	0,0	0,0	0,8	1,5	3,1	13,1	9,2	23,1	5,4	5,4	29,2	8,5	0,8

		1,0	1,3	1,7	2,0	2,3	2,7	3,0	3,3	3,7	4,0	4,3	4,7	5,0
Oktober 1990														
HdI (Kunze/	#:	4	3	4	2	7	17	17	24	31	32	44	27	12
Unbehauen/Seitzer)	%:	1,8	1,3	1,8	0,9	3,1	7,6	7,6	10,7	13,8	14,3	19,6	12,1	5,4
Mathe I/II	#:	4	1	4	2	4	3	12	8	9	35	22	26	66
(Letz)	%:	2,0	0,5	2,0	1,0	2,0	1,5	6,1	4,1	4,6	17,9	11,2	13,3	33,7
Mathe III/IV	#:	9	4	10	9	17	12	30	29	36	40	8	18	11
(Kirsch/Graef)	%:	3,9	1,7	4,3	3,9	7,3	5,2	12,9	12,4	15,5	17,2	3,4	7,7	4,7
GdI (Herzog/Leeb/	#:	0	2	2	4	14	14	31	35	15	5	101	18	0
Schneider/Hofmann)	%:	0,0	0,8	0,8	1,7	5,8	5,8	12,9	14,5	6,2	2,1	41,9	7,5	0,0

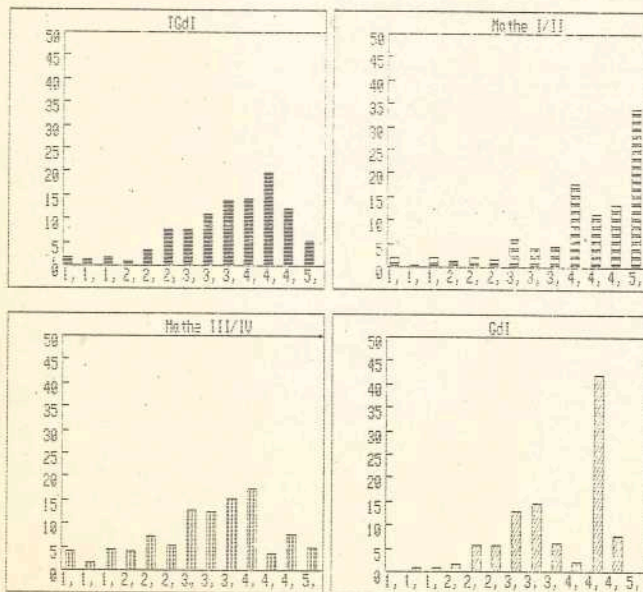
		10/90: durch-			04/90: durch-			10/89: durch-		
		Gesamt	gef.	Schnitt	Gesamt	gef.	Schnitt	Gesamt	gef.	Schnitt
HdI (Kunze/	#:	224	83	3,70	65	33	4,03	243	47	3,30
Unbehauen/Seitzer)	%:		37,1			50,8			19,3	
Mathe I/II	#:	196	114	4,16	95	17	3,60	300	46	3,28
(Letz)	%:		58,2			17,7			15,3	
Mathe III/IV	#:	233	37	3,32	90	34	3,69	159	56	3,77
(Kirsch/Graef)	%:		15,9			37,8			35,2	
GdI (Herzog/Leeb/	#:	241	119	3,68	130	50	3,61	319	124	
Schneider/Hofmann)	%:		49,4			39,5			39,0	



Vordiplomprüfungen April 1998

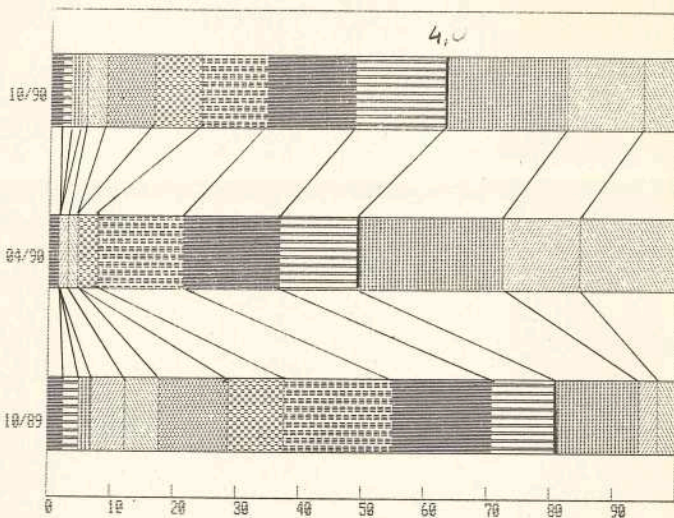


Vordiplomprüfungen Oktober 1998

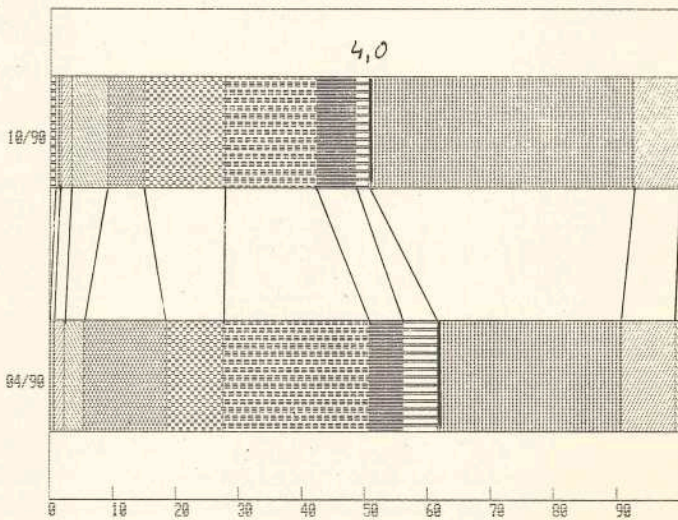


(Prozent)

Vordiplomprüfungen TdGd



Vordiplomprüfungen GdI



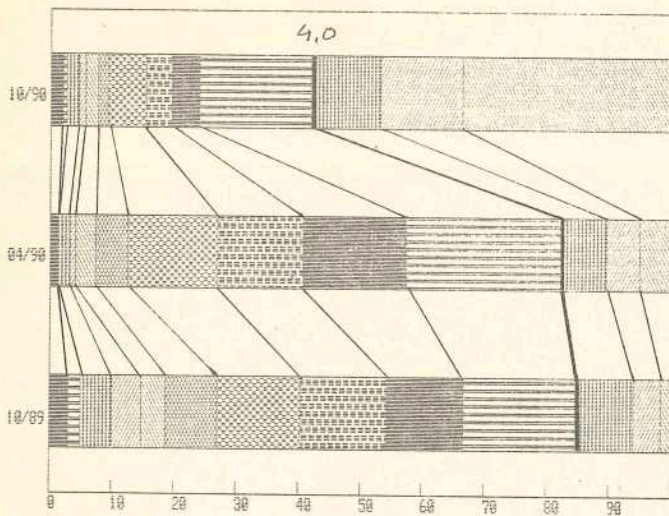
■ 1,0 ■ 1,3 ■ 1,7 ■ 2,0 ■ 2,3 ■ 2,7 ■ 3,0 ■ 3,3 ■ 3,7 ■ 4,0  
 ■ 4,3 ■ 4,7 ■ 5,0

(Prozent)

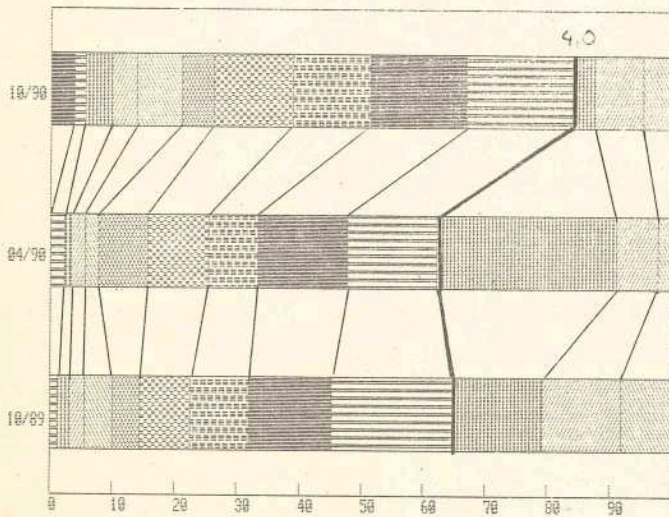
18



Vordiplomprüfungen Mathe I/II



Vordiplomprüfungen Mathe III/IV



■ 1,0 ■ 1,3 ■ 1,7 ■ 2,0 ■ 2,3 ■ 2,7 ■ 3,0 ■ 3,3 ■ 3,7 ■ 4,0  
 ■ 4,3 ■ 4,7 ■ 5,0

(Prozent)









# WEG WEG VOM BECHER

Wo 0,2 l draufsteht, da sind auch 0,2 Liter drin - sollte man meinen. Oder doch nicht? Das Studentenwerk jedenfalls scheint davon eine etwas andere Auffassung zu haben. Was passiert wohl, wenn Ihr den Inhalt eines Studentenwerk-Einwegbechers in Euren Mehrwegbecher gießt, weil der Automat leer ist und nur vorgefüllte Einwegbecher rumstehen? Richtig! Er wird nicht voll! Kenren wir das Experiment um: Ein Mehrwegbecher wird exakt bis zum Eichstrich mit Wasser gefüllt und in den Einwegbecher umgefüllt: der ist dann randvoll.

Das wollten einige Leute genauer erforschen. Sie sind zu den Chemieingenieuren gegangen. Die haben sich gefreut, daß sie mal was Praktisches zu tun bekamen und stellten fest:  $0,2 = 0,196!$  Auf gut Deutsch: Der Becher faßt 7% weniger, als er verspricht. Das macht rund 5 Pf pro Saft und 3 Pf pro Milch. (Das Eichamt läßt bei Maßangaben 3% Abweichung zu.)

Und die Moral von der Geschicht? Verwendet diese Becher

nicht! Warum denn auch? Sie landen ja doch nur im Abfalleimer, tonnenweise, Tag für Tag. Könnte dieser Müll nicht von heute auf morgen aus der Welt geschafft werden, wenn das Studentenwerk Gläser und eine entsprechende Spülmaschine anschaffen würde? Tja - ganz so schnell geht das natürlich nicht. Dazwischen liegt ein langer Weg durch die Verwaltung. (Das mit dem Flaschenautomaten hat schließlich auch vier Jahre gedauert.) Also was tun? Dann müssen die Leute eben ihre eigenen Becher mitbringen, dachten wir uns und organisierten einen Mehrwegbecherverkauf. Wir hatten 1000 Stück bestellt - und sind sie alle losgeworden. Das klingt gut, reicht aber noch lange nicht, wie ein Elick in die Mensa zeigt. Doch alle, die bis jetzt leer ausgegangen sind, müssen deshalb noch lange nicht verzweifeln: Es gibt bald neue Becher!





## Podiumsdiskussion:

### Wer kontrolliert die Kontrolleure?

Am 22.11.90 fand im Hörsaal "Innere Medizin" in Erlangen eine Podiumsdiskussion zum Thema "Verfassungsschutz und Rechtsstaat - Wer kontrolliert die Kontrolleure?" statt. Veranstalter hatte diese Diskussion der AK Datenschutz der FSI Informatik.

Bedingt durch die aktuelle Berliner Tagespolitik (Hausbesetzungen, ...) konnte Lena Schraut von der Berliner Alternativen Liste nicht wie angekündigt an der Diskussion teilnehmen. Dafür ist Johannes Pöhlmann von der Erlanger Grünen Liste kurzfristig eingesprungen. Des weiteren waren auf dem Podium noch die MdLs Franz Brosch (CSU) und Rolf Langenberger (SPD) sowie Joachim Saß (Stasi-Auflöser vom Neuen Forum Jena) vertreten. Bei der Diskussion sollte es in erster Linie um die Kontrolle des Verfassungsschutzes gehen. Also darum, welche Möglichkeiten zur Kontrolle es gibt, und ob diese ausreichen, um die Arbeit des Verfassungsschutzes wirklich effektiv zu kontrollieren.

Zu Anfang verteidigte Franz Brosch in seinem Eingangsstatement die Kontrollmechanismen des bayerischen Verfassungsschutzgesetzes, das am 1.11.90 in Kraft getreten ist. Insbesondere die neu geschaffene Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) wurde von ihm als das Kontrollgremium des Verfassungsschutzes genannt. Auf Bundesebene gibt es die PKK, die dort auch die anderen Geheimdienste (MAD und BND) kontrollieren soll, übrigens schon seit 1979. Rolf Langenberger, der für die SPD in die PKK geht, möchte zunächst ausprobieren, ob sich dieses Gremium bewährt.

Von Johannes Pöhlmann wurden die MdLs auf die besonderen Probleme von PKKs aufmerksam gemacht. Deren Problem ist nämlich, daß ihre Mitglieder zur Geheimhaltung verpflichtet sind, und daß sie keine Einsicht in Akten des Landesamtes für Verfassungsschutz nehmen dürfen. Die Par-



lamentarierInnen in dieser Kommission (der übrigens nicht alle Fraktionen angehören - in Bayern besteht sie aus 3 CSU und 2 SPD Vertretern) können lediglich Fragen an den Leiter des Verfassungsschutzamtes gestellt werden, die der dann irgendwie beantworten muß. Eine Überprüfung der Antworten ist zunächst nicht möglich. Sie besteht im Extremfall erst dann, wenn die Opposition mal an die Regierung kommt (siehe Berliner Verfassungsschutzskandale). Das kann in Bayern aber noch länger dauern. Erfährt aber nun ein Abgeordneter in so einer Kontrollkommission von einer Fehlleistung des Verfassungsschutzes, so bleibt ihm keine Möglichkeit diesen Sachverhalt auch öffentlich zu machen, ohne seine Geheimhaltungspflicht zu verletzen. Auf diesen Punkt angesprochen meinte Rolf Langenberger "Wenn es starke berechtigte Kritik an Maßnahmen der Sicherheitsdienste gibt, werden sich Mittel und Wege finden, sie öffentlich zu machen."

Franz Brosch appellierte an solchen Stellen immer an das Vertrauen des Publikums in Herrn Langenberger ("Herr Langenberger und ich machen das schon, da brauchen sie keine Angst zu haben ...")

Na, wenn das so ist ...

stellte er fest, daß vom Verfassungsschutz eine Atmosphäre der Angst ausgeht und wies auf die Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung (FdGO) durch den Verfassungsschutz hin, dessen gesetzliche Aufgabe es ja eigentlich ist, diese FdGO zu schützen: "Wo Menschen ihr politisches Verhalten mit Rücksicht auf ihre Karriere ändern, ist die freiheitlich demokratische Grundordnung nicht verwirklicht."

Regelrecht in Angst und Schrecken versetzt sah sich Joachim Saß vom Neuen Forum Jena. Er wurde eigentlich erst am Tag der Podiumsdiskussion mit den Möglichkeiten eines Verfassungsschutzes nach bundesdeutschem Muster konfrontiert. Er berichtete darüber, daß die Menschen in der ehemaligen DDR dem Verfassungsschutz gelinde gesagt sehr argwöhnisch gegenüberstehen. Schließlich hat die Volkskammer im Sommer noch beschlossen, daß die DDR keinen Verfassungsschutz braucht. Durch den Anschluß an die BRD hat sie sich aber quasi die Katze im Sack eingehandelt. Bereits in den letzten Wochen ist zum Beispiel im thüringischen Landtag über ein Landesverfassungsschutzgesetz beraten worden. Es bleibt zu hoffen, daß es nicht so wie das bayerische Gesetz ausfällt,



Johannes Pöhlmann von den Erlanger Grünen forderte im Gegensatz zu den CSU und SPD Vertretern die Abschaffung des Verfassungsschutzes. Er stellte die Kontrollierbarkeit des Verfassungsschutzes durch eine PKK oder sonst wie in Frage. Außerdem

das Joachim Saß an die alten Stasi-Zeiten erinnert (insbesondere der Artikel 12, der besagt, daß alle öffentlichen Behörden inklusive Gerichte, Schulen, Universitäten, usw. dem Verfassungsschutz Erkenntnisse über Personen mitteilen müssen, wenn die Behörden der Meinung sind, daß



das für die Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz notwendig ist).

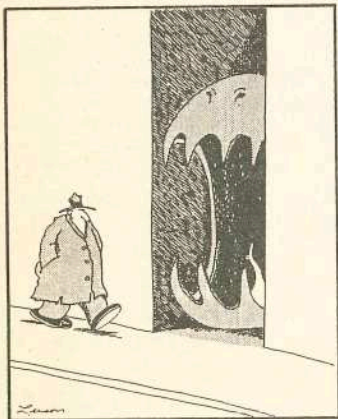
Er sagte auf der Podiumsdiskussion: "Das Gefühl der Sicherheit ist aber nun seit dem 3. Oktober vorbei - wir haben es jetzt mit dem Verfassungsschutz zu tun".

Als die Diskussion in das Auditorium übergang, wurde es immer lebhafter. Insbesondere Franz Brosch mußte seine Position gegen die kritischen Fragen des Publikums verteidigen. Er konnte aber nicht alle Zweifel etwa an der Notwendigkeit des staatlichen Geheimhaltungsmonopols oder an der Notwendigkeit des Verfassungsschutzes nach den Umwälzungen in Osteuropa ausräumen. Mit den Worten "Der Feind im Osten ist zwar weg, aber es gibt immer noch ausländische Kräfte, die etwas herausfinden wollen" malte er düstere Feinbilder an die Wand.

Einen interessanten Aspekt bekam die Podiumsdiskussion dadurch, daß ein Teilnehmer schilderte, wie er vom

Verfassungsschutz als V-Mann angeworben werden sollte. Aus der Schilderung wurde klar, wie tief der Verfassungsschutz in die Privatsphäre des Einzelnen eindringt - nicht etwa um Gewalttaten oder ähnliches zu unterbinden, sondern nur um politischen Parteien in die Karten schauen zu können.

Wer sich weiter für das Thema interessiert, dem sei der Reader "Geheimdienste und Polizei: Staatsschutz kontra Freiheit?" des Ak Datenschutzes der FSI Informatik empfohlen. Darin geht es nicht nur um den Verfassungsschutz, sondern auch um verwandte Institutionen. Aus dem Inhalt: Alternative StaatsbürgerInnenkunde Verfassungsschutz, Die neuen Aufgaben der Polizei, Auf dem Weg zur sicherheitspolitischen Festung Europa, Das geplante Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik - Monopol für das Verschlüsselungswesen. Diesen Reader gibt es zum Preis von 8,- DM im Fachschaftszimmer.



## Faulheit oder wie ich die Arbeit verteile, ohne selbst viel zu tun

Nach 11 Jahren haben die Profs es endlich geschafft eine Studienreform auszuarbeiten. Und nun stört es sie nicht, daß 10 Jahre Studienreform den Bach 'runter gehen, wenn 2 Jahre ein wenig mehr Vorlesungen angeboten werden sollen. Und das alles nur, weil sie rechtlich so von dem Rechtsguru der Uni, Hr. Merker, abhängig sind, daß, wenn er sagt, "es bräuchten keine Vorlesungen nach dem alten Modell (parallel zu denen des neuen Modells) gehalten werden", gibt es keine. Sagt er dagegen, es müßten weitere Vorlesungen gehalten werden, ist dies der Tod der Studienreform. Dabei gibt es durchaus Dozenten, die nach der Studienreform im 1./2. Semester nicht mehr vertreten sind und dann erst, wenn überhaupt im 3./4. Semester dozieren (Was tun sie in der Zwischenzeit?)

Ausgerechnet diejenigen Profs wehren sich am vehementesten gegen eine Übergangsregelung, deren schlechte Vorbereitung einer pseudogenialen Vorlesung auf einem Din A20 Zettel Platz hat und die ihre Faulheit kaschieren, indem sie über Artikel berichten, die außer Ihnen keiner versteht.

Nennenswert sind auch gewisse Mathematiker, die sich auf die Freiheit der Lehre berufen, damit sie ihre Vorlesungen nicht an die Bedürfnisse der InformatikerInnen anpassen müssen. Zu ihnen gesellen sich Profs, die ihre Vorlesungen mit voller Absicht langweilig gestalten, so daß nur wenige

Studis es auf sich nehmen, diese Vorlesungen zu besuchen. Der Vorteil dieser Art der Gestaltung ist nicht nur ein fast leerer Hörsaal, sondern in Folge dessen auch weniger Prüflinge. Dabei sind viele ohnehin schriftlich. Bei der Korrektur wird die meiste Arbeit geschickt auf die Assis abgewälzt und man beschränkt sich auf das Unterschreiben der fertig korrigierten Exemplare.

Da verwundert es einen auch nicht, daß z.B. die GdI-Klausur immer mehr Multiple-Choice Aufgaben enthält, um den Korrekturaufwand zu minimieren; und alles wieder unter dem Deckmantel der Rechtssicherheit. Am liebsten würden die Aufgabensteller die Klausuren auch noch maschinell korrigiert und ausgewertet wissen, *wie dies bereits an der WISO geschieht.*

Klausuren sind übrigens auch dann schnell zu korrigieren, wenn die Aufgaben so schwer sind, daß zum Korrigieren nur noch wenig übrig bleibt. Doch hohe Durchfallquoten kommen natürlich nur zustande, weil die Studis einfach nicht genug auf ihrem "Arsch" gegessen haben. Daß die Klausur evtl. zu schwer gewesen sein könnte, daran denkt ein Herr Letz nicht, denn "es gab ja 4 Leute mit 1,0". Wer die Prüfungsstatistik sieht, weiß daß die Mathematiker etwas für den exponentiellen Verlauf von Histogrammen übrig haben, Normalverteilung gehört ja schließlich in Wahrscheinlichkeitsrechnung und



Statistik und nicht im Mathe I/II.

Wer hier zu den bedauernswerten 58% gehört und einen Rat für sein weiteres Studium braucht, kann sich noch an Herrn Becker wenden, der - in seiner Funktion als Studienberater - demnächst nur noch für "allgemeine Fragen des Studiums der Informatik" zur Verfügung steht.

Und dann gibt's ja noch den Kirchner vom LS V, der seit Jahren ein thematisch identisches Seminar betreut. Trotzdem ist er nicht in der Lage, die einzelnen Themen vor der vorlesungsfreien Zeit zu verteilen. Er gibt sich sozial mit dem Argument, die Studis wollen ja Ferien machen. Ferner hatte der gute Mann seit Jahren kein Vorlesungsverzeichnis mehr von innen gesehen. Ihm war völlig neu, daß DAS II seit 5 Jahren im 3. Semester gehört wird. Da verwundert es einen auch nicht, daß der Seminartermin parallel zu DAS II lag. Seine Art der Aufwandsminimierung besteht darin, jedes Seminar von 2 auf 1 Stunde zu kürzen. Statt  $12 * 90 \text{ min} = 1080 \text{ min}$  nur noch  $10 * 45 \text{ min} = 450 \text{ min}$ . "10 mal" fragt sich die aufmerksame LeserIn !? Nun das ging ganz einfach, die Teilnehmerzahl wurde von 12 auf 10 reduziert. Wer mehr als 5 Minuten zu spät zur Vorbesprechung kam, wurde gestrichen. Mehr als 10 Vorträge hätten eh nicht gehalten werden können, weil auch Herr Kirchner klar ist, daß man einen guten Vortrag unter seinen Bedingungen nicht in einer Woche aus dem Ärmel zaubern kann. Er muß geahnt haben, daß die von ihm empfohlenen Bücher aus der

Präsenzbibliothek in die Schränke des Lehrstuhls (auch in seinen) gewandert waren.

Auch die Physiker sollen hier nicht unerwähnt bleiben. Da werden zum Beispiel Physikscheine nicht rechtzeitig an das Prüfungsamt gegeben, weil es schlichtweg vergessen worden ist. Es tat ihnen nur einfach furchtbar leid, daß dadurch einige StudentInnen ihr Vordiplom nicht machen konnten. Ferner waren sie nicht in der Lage, Fehler in der letzten TGdI-Prüfung durch die Prüfungsaufsicht mitteilen zu lassen. Zu TGdI gehört natürlich auch E-Technik; hier kümmerte man sich so spät um Hörsäle für Klausuren, daß schließlich DAS I morgens und E-Technik nachmittags an einem Tag lagen. Die Bitte der Studis, die Klausur zu verlegen hatte sogar Erfolg, sie wurde von 14.00 auf 18.00 verschoben (wer sollte auch daran denken, daß ein anderer Tag gemeint war?).

Und damit sich auch keiner vergessen fühlt, kommen wir jetzt zur Arbeitsmoral der Studis: einige halten eine Vorlesung für ein Kaffeekränzchen, zu dem man geht, um sich möglichst laut mit möglichst vielen anderen zu unterhalten. Die Reste dieses Kaffeekränzchens (leere Einwegbecher, Brötchentüten, Mandarinen- und Bananenschalen, Schokoladenpapier) bleiben zurück.

Sollten wir irgend jemanden vergessen haben, so bitten wir um Entschuldigung. Sagt uns Bescheid, wir werden es im nächsten Output berücksichtigen.

meinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinung

ngmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungme

ngmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungme

Dies ist weder eine Anklage noch ein Bekenntnis. Es ist auch keine Rechtfertigung, sondern nur meine Meinung!

Ich weiß nicht genau, was ihr wollt. Da schreibt Ihr eine Klausur, in der es viele (zu viele!) Leute durchhaut, und jetzt fangt Ihr an zu weinen und zu jammern. Ihr habt ja wirklich nicht ganz unrecht, aber das Kind ist nun mal in den Brunnen gefallen, und das ist jetzt nicht mehr zu ändern. Euer ganzes Gekreine ist viel zu sehr rückwärts gerichtet. Denkt viel mehr an die Zukunft: Im Frühjahr wird es wieder eine Klausur geben, und die solltet Ihr gefälligst bestehen. Was mir allerdings wichtig scheint, ist etwas Ursachenforschung, denn so ein Desaster will ich nicht nochmal erleben! Die Klausur war offensichtlich doch nicht so leicht, wie ich ursprünglich gedacht habe. Ich muß zugeben, daß ich das Ding unterschätzt habe. Einige Aufgaben halte ich persönlich inzwischen auch für etwas ungeeignet, aber insgesamt war die Klausur zu schaffen, ohne daß man ein mathematischer Monsterintellektueller gewesen wäre. Woran lag es noch?

Einen Teil von Euch halte ich in Sachen Mathematik für nicht studierfähig. Auch war es Eure dritte Prüfung in einer Woche, und viele waren wohl schlicht und ergreifend ungenügend vorbereitet. Ihr seid jetzt an einer sogenannten Hochschule, und da weht nun mal ein etwas arges Lüftchen (wenigstens bisweilen!). Da müßt ihr halt allein aufs Klo und seid selbst für alles verantwortlich. Und an was lag es nicht? Herr Letz und ich sind keine finsternen Gestalten und Fieslinge, die Euch in die Pfanne hauen wollten. Weiterhin gab es keine dunklen Mächte, die uns aufforderten, böse zu sein. Nach soviel These und Antithese kommen wir nun zur Synthese, denn wir wollen ja auch etwas lernen! Also, mein Tip fürs Frühjahr: Einige sollten sich ernsthaft überlegen, ob dieser Studiengang so richtig geeignet für sie ist, und der Rest möge sich gefälligst auf den Hosenboden (=Arsch) setzen und das Zeug in sich reinprügeln.

Ansonsten wünsche ich Euch nur das Allerbeste, und ich hab Euch immer noch lieb.

Helmut M. Summer

meinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinung

# SPIEL & WELT

**BRETT-, DENK- UND KNOBELSPIELE AUS ALLER WELT**  
Kuttlerstraße 4 · 8520 Erlangen · Telefon 091 31/20 89 55



kein

DANKESCHÖN

kein

DANKESCHÖN

## Danksagung eines Drittsemesters

Vielen Dank! Nachdem wir uns in der Klausur so dumm verhalten haben, hält Du, Helmut M. Summer, immer noch zu uns. Daß Du uns nach dieser persönlichen Beleidigung weiterhin lieb hast, hatte keineR von uns mehr gedacht. Und das Tölpelste ist: Du gibst uns auch noch viele gute Tips für unser weiteres Studium.

Positives Denken ist jetzt angesagt, denn eins ist uns dank Dir endlich klargeworden: Wir müssen Mathe bestehen, um das Vordiplom zu bekommen! Echt wahr! Darum werden wir uns von nun an auch ganz doll bemühen, auch die seltsamsten und übelsten Hausaufgaben durchzurechnen, denn die magst Du ja besonders. Und an die vier goldenen Mathe-Regeln werden wir uns fortan immer halten:

- 1) Überhöre niemals (!) die Ironie in der Stimme des Assistenten, wenn er vor der Klausur etwas von "gut durch-rechenbaren Aufgaben" erzählt, er die bevorstehende Klausur "praxis-bezogen" nennt.
- 2) Sagt der Dozent: "Rechnen sie das zu Hause mal nach, das ist vielleicht wichtig für die Klausur.", vergiß es!
- 3) Steht neben einer Übungsaufgabe "Klausuraufgabe", dann wärme dich mit ihr ein bißchen auf, bevor es dann richtig zur Sache geht.
- 4) Lasse die Seite voller Aufgaben über komplexe Zahlen links liegen. Suche dir

zum Üben lieber die allein-stehenden, versteckt-unauffälligen Sachen heraus. Eine Klausur mit Standardaufgaben wäre schließlich langweilig.

Es ist echt super von Helmut, wie er uns auf seine eigene, ganz besonders lustige Art in den letzten zwei Semestern etwas beigebracht hat, was wir von Mami und Papi bis dahin nicht gelernt hatten: Alleine aufs Klo zu gehen. Endlich wissen wir, daß Vertrauen in einer Hochschule fatal ist, Selbständigkeit überlebenswichtig. Nochmals danke!

Mit unserer neugewonnenen Selbständigkeit sollten wir uns nun kritisch prüfen: Sind wir mit unserer Mathe-schwäche überhaupt studierfähig?

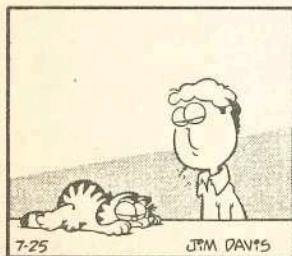
Auch eine 4,0 ist, bei der über-wältigenden Bedeutung der Ingenieurmathematik im Hauptstudium, einfach untragbar. 75% unseres Jahrgangs müßten sich eigentlich, da hat Helmut vollkommen recht, geschlossen exmatrikulieren. Vor allem die fünf Leute, die nach dem Durchfallen bei Professor Kirsch jetzt alle eine 5,0 haben, sollten endlich zur Vernunft kommen und auf der Stelle abtreten. Denn auch hier bietet Helmut ein glänzendes Vorbild: Er zeigt, wie man auch als gescheiterter Informatiker etwas werden kann. Wechselt das Studienfach und werdet Assi!

kein

DANKESCHÖN

kein

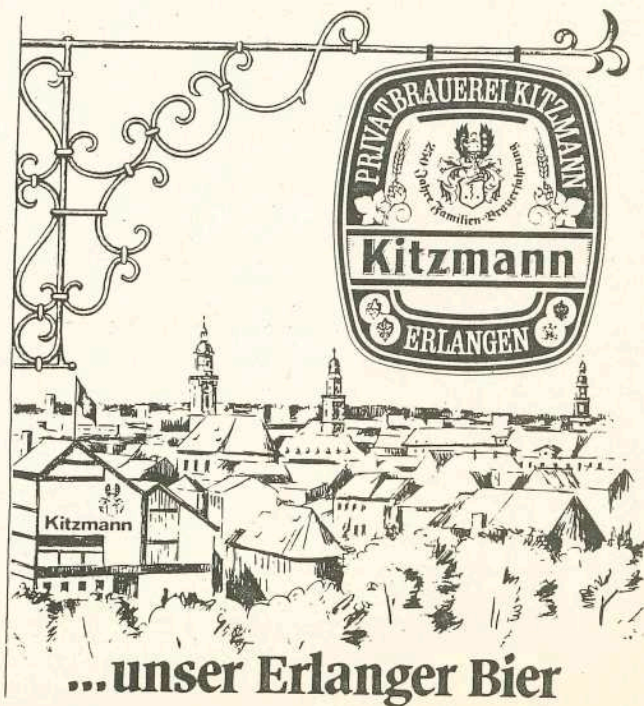
DANKESCHÖN



# BUSSE!?

## WAS SIND BUSSE?

In einer Zeit, in der die Verwirrung noch klein war, begab es sich, daß 300 wißbegierige InformatikerInnen in die GdI Vorlesung von Prof. Dal Cin zogen. Im Glauben sich unter DV-Experten zu befinden, was er mit der Frage: "... und wer saß schon am Computer?" abstrahierte, begann er gleich mit seinen weisen Worten. In der Fülle seiner zu vermittelnden Nachrichten warf er einige prozessortaktzyklenlang Folien an die Wand. Diese waren jedoch mit großen weißen Flächen, auch Lücken genannt, versehen. Tragischerweise waren sämtliche StudentInnen noch ohne Lückenscript, so daß die Vorlesung im Schreibkrampf endete. Und dann, es war wie Weihnachten und Ostern zusammen: das Script war da und konnte durch harte Gutscheinwährung erworben werden. Leider waren Weihnachten und Ostern doch an verschiedenen Tagen, denn die Erkenntnislücken konnten leider nicht gefüllt werden, statt eines Schreibkrampfes hatten wir jetzt einen Suchkrampf, um dem roten Faden der Vorlesung zu folgen. Durch Fragen einiger "Cray-Experten" konnte kein Licht ins Dunkel gebracht werden, was den normalsterblichen StudentInnen nicht weiterhalf. Erleuchtung erhofften wir uns durch die Übungen, doch unglücklicherweise stimmten diese nicht mit der Dal Cin Vorlesung überein. Als dann die ergänzenden Übungszettel da waren, stellten unsere Übungsleiter fest, daß die Fragen sogar über Hauptstudiumsniveau liegen. Und so sehen wir mit nervöser Spannung der Vordiplomsprüfung entgegen.





”

## Zwei Wochen Ferien

Hier ist der Beweis: auch FachschafflerInnen sind bestechlich. Ich muß es gestehen! Ich habe gesündigt! Ich habe mir zwei Wochen Ferien von einem großen Erlanger Elektronikonzern bezahlen lassen.



Dies ist also ein kleiner Bericht von der Ferienakademie 1990, an der ich im Kurs 3 ("Anwendungen verteilter Programmierung", Prof. Hofmann (ER) und Prof. Paul (M)) Anfang Oktober teilnahm. Die Ferienakademie ist eine Einrichtung, die es bereits einige Jahre gibt und die die Zielsetzung hat, "begabten Studenten (...) die Möglichkeit zu geben, jeweils in einer kleinen Gruppe eng mit zwei Hochschullehrern zusammenzuarbeiten, um ihre Ausbildung zu vertiefen und ein breiteres Verständnis für ihr Fach zu erarbeiten, als es im Grund- und Hauptstudium an den Universitäten vermittelt werden kann." (Nebenbei: Warum kann das Verständnis an den Unis nicht vermittelt werden?) Finanziert wird diese Einrichtung aus Mitteln der Industrie (nicht nur Siemens) und findet jeweils Ende September bis Anfang Oktober im Sarntal (Südtirol, Italien) statt. Da diese Kurse von der Industrie finanziert werden, werden natürlich nur Kurse mit Ingenieurwissenschaftlichen Themen angeboten, die GeisteswissenschaftlerInnen gehen mal wieder leer aus. Die Kurse finden auf verschiedenen "Berggasthöfen" (Hotels) statt, die über das Tal verstreut liegen. Dieser Bericht bezieht sich daher auch nur auf das, was in diesem Jahr und in dem Hotel stattfand, in dem mein Kurs stattfand. Es ist daher durchaus möglich, daß andere TeilnehmerInnen andere Erfahrungen gemacht haben.

Im Juni erreichte mich ein Schreiben, in dem dem die Organisatoren der Ferienakademie (in Erlangen Herr Prof. Durst, Stützungsmechanik) mir zu meinem guten Vordiplom gratulierten. Verbunden damit war eine Aufforderung, sich für die Ferienakademie 1990 zu bewerben. Ob Herr Prof. Durst meine Zensuren vom Prüfungsamt für diesen Zweck zur Verfügung gestellt bekam, oder nur zufällig auch der Vorsitzende des Prüfungsausschusses war, muß noch geklärt werden; etwas seltsam finde ich das Vorgehen aber auf jeden Fall. Aus den Unterlagen für die Bewerbung wurde schnell klar, daß das einzige Kriterium für die Qualifikation irgendwelche Durchschnittsnoten (Abitur, Vordiplom, etc.) waren. Und - siehe da - ich wurde auserwählt, an der kleinen aber feinen Gruppe teilzunehmen, die knapp zwei Wochen auf Kosten der Industrie Ferien machen durfte.

Allerdings gab es noch eine ganze Menge Arbeit im Vorfeld, denn schließlich will ja noch ein Seminarvortrag ausgearbeitet werden. Diese Arbeit hat mich dann doch noch ca. zwei Wochen Arbeit gekostet. Hätte ich in diesem Herbst Prüfungen gehabt, hätte ich mich mit Sicherheit nicht beworben. (Merke: die Ferienakademie ist nur etwas für "Bummelstudenten" und Genies.) Es war allerdings in den Unterlagen betont worden, daß der Termin extra so gelegt wurde, daß er nicht mit Prüfungsterminen kollidierte. Dennoch hat mein Zimmergenosse (ein Münchner) während der Ferienakademie in Südtirol zeitgleich mit seinen KommilitonInnen in München zwei Klausuren geschrieben!



Das Seminar selbst lief ab wie ein normales Hauptstudiumsseminar, abgesehen davon, daß nicht ein gelangweilter Assi damit sein Lehrdeputat erschlägt, sondern zwei Professoren anscheinend wirklich an dem Thema interessiert waren. Dies hat dem Niveau sicher gut getan.

”

”

Dies ist auch der Punkt, der mir (bei allen Vorurteilen, die ich über die Ferienakademie hatte und habe) am meisten Bauchschmerzen bereitet: Warum kann eine Lehrveranstaltung, die so gut vorbereitet ist, und die wirklich etwas bringt, nur stattfinden, wenn die Industrie sie bezahlt; noch dazu wenn nur Studierende an ihr teilnehmen können, die eine Abitur- oder Vordiplomsnote oberhalb einer magischen Grenze haben?

Neben dem Seminar gab es natürlich noch jede Menge Freizeit. Schon die Bewerbungsunterlagen haben es angekündigt: Bergwandern ist angesagt! Als hanseatischer Flachlandtiroler mußte ich mir also erst einmal (für teures Geld) ein Paar Bergwanderschuhe kaufen, die sich später aber als eine gute Investition herausstellten. Während der zehn Tage im Sarntal haben wir (die Herren Professoren zuerst voran; später etwas weiter hinten) die Bergwelt unsicher gemacht. Auch ein Ausflug nach Verona (oder Wahlweise in die Dolomiten) wurde angeboten. Neben diesem zum Teil recht anstrengenden Freizeitbeschäftigungen am Tage war u.a. auch ein "Kaminabend mit Vertretern der Industrie" (aha!) angesagt. Dieser fiel allerdings ziemlich langweilig aus. Nicht etwa wegen des fehlenden Kamins in unserem Berggasthof, sondern weil der uns zugeleitete Vertreter der Industrie (von der Firma Siemens) einen total nichtssagenden Vortrag hielt, der offensichtlich nicht auf ein Auditorium aus Studierenden ausgerichtet war. Da war der Vortrag des "Eingeborenen", der etwas über die Geschichte und Traditionen im Sarntal (grünes Hutband vs. rotes Hutband) erzählte oder der Vortrag über die Gefahren des Bergwanderns schon erheblich spannender. Die Teilnahme an diesen Veranstaltungen und auch die Wanderungen waren natürlich freiwillig. Offensichtlich hofft die Industrie auf den Moral-effekt (wenn Siemens etwas für mich tut, sollte ich auch etwas für Siemens tun).

Fazit: Abgesehen davon, daß die Ferienakademie von der Industrie bezahlt wird und (vor allem) daß mensch gute Noten vorweisen muß um an ihr teilnehmen zu können, ist die F.A. eine gute Sache. Auch die Indoktrination durch die Geldgeber hielt sich in Grenzen (vor allem wenn man an den langweiligen Vortrag denkt). Besonders interessant fand ich, auch die Herren Professoren einmal etwas privater kennenzulernen, als das bei der üblichen Hörsaaldistanz möglich ist. Ich befürchte aber, daß gerade bei der Professor-Innenschaft durch die Ferienakademie die Tendenz verstärkt wird, die Existenz der nicht-Ferienakademiker zu verdrängen.

PS: ja ja ich weiß, der Artikel ist viel zu un-kritisch!



”



Miguel D'Escoto:

# "Hier ist nichts gestorben"

Zehn Jahre revolutionäres Nicaragua. Dann der Wahlsieg der Opposition. Ist dies wieder einmal das Ende einer wirklichen Alternative zu den lateinamerikanischen Diktaturen? Miguel D'Escoto, Außenminister in dieser Zeit, meint Nein. Er sieht den Wahlsieg den UNO als Folge der aggressiven US-Politik und des jahrelangen Stellvertreterkrieges durch die Contra. Dies sei aber nicht das Ende der sandinistischen Revolution, sondern nur eine neue Phase, die durch die Revolution erst möglich wurde und in der diese aus der Opposition heraus weitergeführt werden könne und müsse. Wir dokumentieren hier ein Interview aus Barricada Internacional.

Während der 10 Jahre der revolutionären Regierung war der Priester des Maryknoll-Ordens, Miguel D'Escoto Brockmann, Außenminister Nicaraguas gewesen und einer der Hauptverantwortlichen der Außenpolitik.

Wenige Tage nach der Wahlniederlage der Sandinistischen Befreiungsfront gab er Juan Manuel Sánchez Gordillo, Bürgermeister von Marinaleda (Sevilla) ein Interview.

*Geben Sie uns bitte eine allgemeine Einschätzung über die stattgefundenen Wahlen.*

Dies sind die trügerischsten Wahlen in der Geschichte Lateinamerikas gewesen, bzw. in der ganzen Welt. Es hat hier ein riesiger Wahlbetrug stattgefunden, der von den Vereinigten Staaten durchgeführt worden ist. "Betrug" soll heißen, daß verhindert worden ist, daß der souveräne Wille eines Volkes seinen Ausdruck finden konnte. Seit dem Beginn war ersichtlich,



daß die folgende Idee dahintersteckte: "Das ist meine Auserwählte, das ist meine Gesalbte, wählt für sie, und wir werden euch das Leben schenken".

Das nicaraguanische Volk ist sehr tapfer und heroisch. Trotz dieser wirtschaftlichen und psychologischen Folterungen, die es während dieses Jahrzehnts erlitten hat, haben 41% der Bevölkerung gesagt: Gut, auch wenn du mir die Hand brichst, ich gebe nicht nach!

Es haben aber nicht alle die gleiche Widerstandskraft, Folterungen zu ertragen und 15 oder 20% haben sich ergeben.



Interview - Interview - Interview - Interview

Diese Wahl war, wie wir hier sagen, "illusorisch", in dem Sinne, daß (die Leute gedacht haben) "vielleicht geben sich die Gringos damit zufrieden". Und es war auch eine Sümmabgabe, die das totale Mißtrauen unserer Bevölkerung gegenüber den USA ausdrückte, denn obwohl mehr und mehr Beobachter bezeugen konnten, daß die Wahlen absolut sauber waren, genügte das nicht, damit sie ihre aggressive Politik, den illegalen Einsatz der Kräfte und den Drucks gegen unser Land, aufgaben.

*Hat in Nicaragua die Demokratie oder der Interventionismus gewonnen?*

In Nicaragua hat weder die Demokratie noch der Interventionismus, sondern die Revolution gewonnen. Unzweifelhaft haben wir eine Wahlniederlage erlitten, die aber den Sieg der Revolution garantiert. Die Alternative wäre gewesen, daß die Leute wirklich gesagt hätten: "Auch wenn sie mir den Arm brechen, ich geb nicht auf!" und mit ihren Herzen gewählt hätten. Wir hätten sechs weitere Jahr gehabt und die Erschöpfung wäre riessig gewesen. Wir hätten den Patriotischen Militärdienst (SMP) fortgesetzt, weil der Krieg weitergegangen wäre und sich die Wirtschaftslage verschlechtert hätte. Es ist wie die Rache des Güegüense\*, der etwas denkt und etwas anderes sagt.

\* (eine Volkskomödie aus dem 17.Jhdt., die die Schläue der nicarguanischen Indianer gegenüber den spanischen Eroberern aufzeigt.)

Der Güegüense sagt hier: "Gut, ich gebe nach, damit du mich losläßt, aber was ich will, ist ausruhen, neue Kräfte schöpfen und von neuem angreifen". Es ist eine Art Rückzug, wie der "taktische Rückzug", der uns zum Sieg geführt hat, als wir uns beim Guerilla-Kampf gegen Somoza aus Managua zurückgezogen haben. Einige Leute haben gesagt "Jetzt ist alles verloren", aber das hat nicht gestimmt. Nach wenigen Tagen sind wir zurückgekommen, und das hat den Sieg bedeutet.

Diesmal war es ein politisch-ideologischer Rückzug. Der einzige Unterschied ist, daß er nicht beabsichtigt war. Es ist, als ob der Herr die Leute inspiriert hätte, damit sie die "güegüensische" Methode verwenden, um der nordamerikanischen Herrschaftsmethode eine Niederlage zuzufügen.

Wir werden ja sehen, denn das, was sie der Frau (Violeta Chamorra) gegeben haben, ist eine Zeitbombe.

Einerseits ist etwas passiert, was nur sehr schwer mit den besten Zeugen und Berichten von Beobachtern erreicht hätte werden können, die unzweifelhaft Sauberkeit des Wahlprozesses. Und trotzdem wird man sich immer fragen, ob wir in Wirklichkeit Demokraten oder Totalitaristen sind, oder ob das, was uns interessiert, die Macht ist.

Es war eine Feuerprobe, bei der das zweifellos klar geworden ist.

Diese Art des Wahlbetrugs ist nicht der, der normalerweise stattfindet, und es sieht aus, als ob es keiner wäre. Ich glaube, das hat auf prophetische Weise ein Leitartikel in "The Boston Globe" schon fünf oder sechs Monate vor den Wahlen festgestellt, als in ihm versichert wurde, daß das wahrscheinlichste ein Wahlbetrug sein werde und daß er von der Regierung der Vereinigten Staaten begangen werden wird, und zwar aufgrund des Drucks, der verhindert, daß die Bevölkerung wirklich ihre Wünsche ausdrückt.

*Was fühlten Sie als Priester, als Revolutionär und als Mensch in der Nacht vom 25. auf den 26. Februar?*

In jener Nacht, der Nacht der Stimmauszählung, war ich beim Präsidenten bis zu dem Moment, in dem wir vor der Presse erschienen.

Am Beginn war es schwer zu glauben. Oft habe ich gesagt: "Wie gut wäre es, daß sie gewinnen würden", aber ich habe es zu mir selbst gesagt, ohne daran zu denken, daß es eine Möglichkeit wäre.

Wir bemerkten die Tendenz bei den ersten 5%. Bei 10% sagten wir uns, es ist wirklich so. Unzweifelhaft war es ein harter Schlag, aber wir haben ihn mit großer Ruhe ertragen. An erster Stelle habe ich versucht, darüber nachzudenken und den Compañeros und Compañeras zu helfen, das zu verdauen und besser zu verstehen. Mit der Zeit, nach 24 und 48 Stunden, dachte ich, daß es in Wirklichkeit das beste sei, um auf lange Sicht den revolutionären Prozess zu vertiefen. Alles Menschliche hat Grenzen wie auch die Geduld und der Heroismus unseres Volkes, wie groß auch immer sie waren. Alles Menschliche ist durch die Natur begrenzt.

Wir haben es mit großer Ernsthaftigkeit auf uns genommen, das ist es auch, was ich bei Daniel (Ortega) feststellen konnte. Aber, um ehrlich zu sein, werde ich Dir sagen, daß wir keine Notpläne für diesen Fall hatten. Da haben

Interview - Interview - Interview - Interview



# Interview - Interview - Interview - Interview

wir uns geirrt. Wir mußten sofort anfangen. Aber auch die Nationale Oppositionsunion ist überrascht worden.

Was ich will und vom Herrn erbitte, ist, daß sie zumindest drei Jahre an der Macht bleiben. Manchmal erscheint es mir, daß sie nicht ein Jahr überdauern werden. Aber hoffentlich zwei oder drei, weil es wichtig ist, daß der Mythos über die Vereinigten Staaten vollständig gebrochen wird: daß sie niemandens gute Freunde sind, daß die Freundschaft etwas mit dem imperialistischen, kapitalistischen, egoistischen Wesen völlig unvereinbares ist. Die Leute haben für diese Illusion gewählt, nicht nur, daß die USA aufhören werden, uns anzugreifen, sondern auch, daß sie freigebig sein würden und Kompensationszahlungen leisten würden. (...) Aber so sind sie nicht, zumindest nicht mit Lateinamerika. Niemals waren sie so. Und hier werden sie es nicht sein.

Was auf uns zukommt, sind bittere Tage, und es ist wichtig, daß wir uns dessen bewußt sind.

Das bedeutet nicht, daß wir eine destruktive, bilderstürmerische Haltung einer irrationalen Opposition einnehmen werde gegenüber allem, was sie machen. Im Gegenteil, wir wollen, daß sie gute Dinge machen zum Wohle des Volkes, und wir sind bereit und zufrieden, diese Maßnahmen zu applaudieren. Wir werden nicht wie sie sein. Unsere Opposition wird revolutionär sein, und das bedeutet, konsequent und verantwortlich, aber höchstgradig standhaft, wenn es darum geht, die Errungenschaften des Volkes zu verteidigen.

*Das Verzeihen ist ein Zeichen von Autorität und Großmut. Sie haben der Contra verzeihen, Leute aus den Gefängnissen entlassen, die mit Blut befleckt waren und konkrete Namen hatten. Glauben Sie nicht, daß diese Herrschaften der Contra, gemeinsam mit den reaktionärsten Kräften des Landes Todesschwadronen bilden könnten? Haben Sie nicht Angst, daß sie Sie auf alle Fälle töten werden?*

Es ist wahrscheinlich, daß Todesschwadronen gebildet werden könnten. In Wirklichkeit haben sie schon existiert. Es haben schon mehrere Versuche stattgefunden, mich zu "neutralisieren", wie sie sagen. Gott-sei-Dank hat die Staatssicherheit sehr gut gearbeitet und konnte es so verhindern. Ich habe keine Angst. Ich bin der feigste Mensch. Zum Zahnarzt zu gehen, läßt

mir die Haare zu Berge stehen. Aber ich erinnere mich kaum, wann die Todesangst zu existieren aufgehört hat.

Siehst du dieses Foto von Martin Luther King? Einen Faschingsdienstag, dem Tag vor dem Aschermittwoch, blieb ich allein in meinem Büro im Zentrum für soziale Kommunikation des Orbis-Verlags in New York und dachte: "Morgen ist Aschermittwoch, wieder eine Fastenzeit, was werde ich machen?" Ich war nicht zufrieden mit mir. Meine Chefs, wenn sie es waren, sagten, daß der Verlag sehr gut läuft, daß die Bücher ..... Aber ich fühlte mich, als ob ich nicht alles gäbe. Ich hatte Angst, Risiken einzugehen. Ich war nicht zufrieden und fragte mich, was ich zu machen hätte. Dort blieb ich völlig zerstreut zwei Stunden und ging dann ins Seminar, wo mir ein Gebet einfiel, in dem es heißt: "Herr, hilf mir das Mysterium des Kreuzes zu verstehen, hilf mir das Kreuz zu lieben und gib mir die Kraft, es in der Form zu umarmen, in der es mir erscheint". Der Vorsatz dieser Fastenzeit war, dieses Gebet immer wieder zu wiederholen. Und es war ein Gelübde, das ich immer erfüllte, weil es mir zur Gewohnheit wurde.

Die Folge war, daß ich beim Lesen des Evangeliums Dinge bemerkte, die ich vorher in dieser Hinsicht nicht wahrgenommen hatte. Ich begann das Kreuz nicht mehr mit dieser spanischen und lateinamerikanischen Spiritualität zu sehen, die sehr tragisch ist. Ich fing an, das Kreuz als die Wiege zu sehen, in der das Leben beginnt. Das Kreuz ist also der größte Lebensakt, die Auferstehung. Es ist in sich die größte Manifestation des Lebens.

Mein Vater starb zwei Jahre bevor wir Somoza stürzten. Ich lebte 33 Jahre nicht in Nicaragua, kam aber, als sie mich riefen, um zur Frente zu gehen und am Kampf teilzunehmen. Ich reiste manchmal heimlich, manchmal halb-heimlich und andere Male als Exilierter. Ich quartierte mich im Haus meiner Schwester ein. Mein Schwager, ein reicher Mann, hatte ein elegantes Haus. Einmal sagte mir meine Schwester: "Jedes Mal wenn du uns verläßt, geht Vater in sein Zimmer und beginnt zu weinen und zu beten". Eines Tages kam Fernando Cardenal und wir gingen gemeinsam fort, aber ich hatte ein Dokument vergessen, weshalb wir an der Ecke umkehrten. Meine Schwester sagte mir damals: "Siehst du? Dort ist Papa, im Zimmer, und weint". Darauf ging ich zu ihm

Interview - Interview - Interview - Interview



Interview - Interview - Interview - Interview

und sagte: "Papa, warum weinst du?" "Weil ich nicht will, daß sie mir deinen Körper von Maschinengewehrsalven durchlöchert übergeben", sagte er. Darauf antwortete ich: "Du hast immer gut von Simeon Pereira y Castellón gesprochen". Er war der letzte Bischof von Nicaragua gewesen und hatte meinen Vater, der mit 5 Jahren zum Waisen wurde, zu sich genommen. "Und was glaubst du, würde er jetzt machen?" "Genau das, was du jetzt auch machst", antwortete er mir. "Ich sage nicht, daß du aufhören sollst. Aber laß mich weinen!"

Ob ich Angst habe, daß sie mich umbringen, fragst du. Das einzige wovor ich Angst habe, ist untreu zu sein.

Du kannst nicht mehr machen als das Mögliche. Das einzige, was dir Ruhe gibt, ist das Ziel, dem Volk zu dienen, Persönlich verbunden, immer das zu machen, was ich als den Willen Gottes verstehe, in Bezug auf die Form mich völlig dem Kampf des Volkes hinzugeben und dem Aufbau von Brüderlichkeit zwischen den Völkern.

*Ich möchte Sie ganz konkret fragen, ob der CIA mit Hilfe von Todesschwadronen oder anderer Fallen nicht die bekanntesten Leute der Sandinistischen Befreiungsfront mit Grausamkeit verfolgen wird?*

Das ist früher passiert, obwohl sie keinen Erfolg hatten, und es wird auch in Zukunft passieren. In Bezug auf meine Person habe ich keine Angst, weil ich glaube, daß ich nicht solche Verdienste habe, um den Glorienschein zu besitzen, daß mein Blut für das Volk fließen wird. Das ist für die Privilegierten.

Wie auch immer. Wie kannst du Angst davor haben, daß dir das Wunderbarste passiert? Daß du den Weg Christi, all unserer Helden und Märtyrer weiterführst, all derer, die in der Welt das Leben auf eine Weise beendet haben, die es ersichtlich machte, daß die Ausbeuter sie aufgrund ihrer Solidarität haßten?

Die Angst (die ich habe) ist vor dem Verat, daß ein Moment kommt, in dem wir bequemer werden. Oft habe ich gedacht, daß ich darum bitten werde, daß sie mich erschießen, wenn sie was von mir wollen. Ich bitte den Herrn, "daß es mir nie, niemals, einfallen möge ein Privileg zu erbitten".

Eine andere Angst, die ich habe und die mir beim Kreuzweg\*\* gekommen ist, ist, daß es so leicht geschieht, daß du dich von den Leuten entfernst, wenn du dich von der Liebe, mit der sie dich behandeln, verleiten läßt. Bei diesem Marsch passierte es manchmal, wenn wir in ein Dorf kamen, daß mir, dem Priester, die Leute aus Liebe einen Schemel brachten, während sie alle anderen auf den Boden oder auf einen Stein setzten. Und ich sagte mir, warum muß ich auf einem Schemel sitzen, während die anderen auf dem Fußboden sitzen. Ich habe es immer zurückgewiesen. Wenn du anfängst, den Schemel zu akzeptieren und jedesmal mehr und mehr Dinge, wirst du dich langsam aber sicher vom Volk entfernen und jene Kraft verlieren, durch die dich das Sakrament und die Kommunion mit dem Volk vereint hat.

*\*\* Der Kreuzweg wurde 1986 von der Nordgrenze Nicaraguas nach Managua durchgeführt, um gegen die nordamerikanische Aggression zu protestieren.*

*Kann man reich und revolutionär sein, oder ist das unvereinbar?*

Wenn reich zu sein bedeutet, persönlich viele Dinge zu haben, ist es sehr schwierig, vor allem wenn die Leute nichts haben. Das schafft Distanz.

Sogar in Fällen, wie bei mir, ist es gefährlich. So lebe ich zum Beispiel in einem Haus, das viel besser ist, als das der großen Mehrheit der Leute. Ich habe die Bibliothek mit den wichtigsten Büchern über Nicaragua, die im Land existieren. Es ist das ein Lebenswerk. Ich habe mit 11 Jahren damit begonnen. In meinen Gedanken gehört nichts mir, weil ich das alles gesammelt habe um es eines Tages Nicaragua zu übergeben. Mit dem Sieg habe ich das angeboten, aber der Präsident hat mir gesagt: "Nein, denn sie würde sofort zerstört werden".

Jetzt übergebe ich sie, weil es gefährlich ist so zu leben. Alle wissen, daß sie nicht mir gehört und daß, wenn ich sterbe, alles für den Staat ist. Aber jetzt

übergebe ich alles der Stiftung El Madroño, wo ich auch leben will. Es ist gefährlich so zu leben. Ich will so bald als möglich mit der Gemeinschaft

leben, die ich gerade gründe. Dort will ich mein Leben mit den Ärmsten der Armen teilen. Das heißt nicht mit Leuten, die arm im Sinne von Geld sind,

Interview - Interview - Interview - Interview





## Don't die for Texaco

Dieser Aufruf ist seit einigen Wochen auf Transparenten vor US-Kasernen in Ansbach zu lesen. Mit den Transparenten wird die Telefonnummer des Military Consulting in Kastellaun (Rheinland-Pfalz), einer Beratungsstelle für amerikanische Kriegsdienstverweigerer, bekannt gegeben. In den letzten Wochen sind die Anrufe beim Military Consulting sprunghaft angestiegen. Weitere Beispiele für Aktionen anlässlich des drohenden Golfkrieges, sind Mahnwachen von Friedensgruppen vor Kasernen in Nürnberg und Ansbach und der Aufruf zur Fahnenflucht an die US-SoldatInnen durch die bayerischen Grünen. Antimilitaristische Aktionen und Aufrufe an US-SoldatInnen sind in diesem Land nichts neues. Während des Vietnamkrieges bestand in der BRD ein gut organisiertes Netz von Men-

schen, die Verstecke und Transportmöglichkeiten für desertierte GI's zur Verfügung stellten, um ihnen die Flucht nach Frankreich, das GI's nicht auslieferte und später nach Schweden, wo sie Asyl beantragen konnten, zu ermöglichen. In dieser Zeit desertierten nach der offiziellen amerikanischen Armeestatistik insgesamt 470000 GI's. Wieviele davon in Europa bzw. Deutschland stationiert waren, ist nicht bekannt.

Ein solches Hilfnetz für amerikanische Deserteure soll mit der Ende November gestarteten "Aktion Winterurlaub" (siehe Pressedokumentation) aufgebaut werden. Daß dies dringend nötig ist, zeigen u. a. die Aussagen von George Bush, "seine" Truppen auf Angriffsstärke zu bringen, die UN-Sicherheitsrat-Resolution vom 29.11. mit der der Einsatz militärischer Gewalt

# Den GIs zur Flucht verhelfen

TAZ 29.11

**Grüner Bürgerschaftsabgeordneter unterstützt US-Deserteure / Aktion „Winterurlaub“ soll illegalen Kriegsdienstverweigerern helfen / Lob und Schelte für „Monitor“-Beitrag zur Hilfe für Deserteure**

**Aus Bremen Barbara Debus**

In der BRD stationierte US-Soldaten, die vor dem bevorstehenden Einsatz im Golf desertieren wollen, werden von deutschen Friedensbewegten unterstützt. „Ich habe mich entschlossen zu helfen“, erklärte gestern der grüne Bremer Bürgerschaftsabgeordnete Martin Thomas der Presse. Fünf deutsche Lebensgefährtinnen von US-Soldaten hätten sich in ihrer Not bereits an ihn gewandt.

Unter dem Stichwort „Aktion Winterurlaub“ solle illegalen Kriegsdienstverweigerern zur Reise nach Schweden und Jugoslawien verholfen werden. Diese Aktion werde konspirativ vor allem von süd-deutschen Friedensgruppen vorbe-

reitet. Insgesamt gebe es in der BRD bisher zwei Dutzend GIs, die sich zur Desertion entschlossen hätten. In den USA seien es bereits 800. US-Soldaten können zwar legal den Kriegsdienst verweigern mit dem Ziel, aus der Armee entlassen zu werden. Doch diese 90tägige Prozedur verhindert nicht ihren Einsatz am Golf.

Dafür gibt es nur zwei, allerdings strafbare Möglichkeiten: Zum einen können GIs den Befehl verweigern – eine Straftat, die mit bis zu fünf Jahren Gefängnis geahndet wird. Zum zweiten können Soldaten den illegalen Weg der Desertion gehen. Hier droht ebenfalls eine bis zu fünfjährige Haftstrafe.

Der grüne Abgeordnete hat den Bremer Senat aufgefodert, den De-

serteuren politisches Asyl zu gewähren. Daraufhin erklärte ihm der Innenminister, die Souveränität der BRD sei hier nicht gewährleistet, da nach wie vor die Stationierungsverträge mit der US-Army in Kraft seien. Die US-Militärpolizei habe Zugriffsrecht auf die GIs.

Der Sprecher des Innenministers Hermann Kleen: „Die deutsche Polizei behandelt US-Deserteure wie Gesetzesbrecher und liefert sie an die US-Militärpolizei aus. Das Delikt ist vergleichbar mit Desertion aus der Bundeswehr.“ Martin Thomas erhob deshalb gestern neue Forderungen: „Der Senat soll sich bemühen, daß das Stationierungsabkommen mit der US-Army unverzüglich gekündigt wird.“ Thomas weiter: „Der Senat soll dafür sorgen, daß die Bre-

mer Polizei keine Amtshilfe gegenüber dem US-Militär leistet und Deserteure nicht ausliefert. Man kann niemanden zwingen, andere Menschen zu töten.“

Auf großes spontanes Lob – und einige wütende Schelte – ist ein Beitrag des Fernsehmagazins *Monitor* gestoßen, in dem am Dienstagabend zahlreiche Prominente (darunter auch *Monitor*-Chef Bednarz) öffentlich bekannt hatten, daß sie fahnenflüchtige Soldaten unterstützen würden. Nach der Sendung meldeten sich unter anderen etliche Angehörige und Freunde von US-amerikanischen GIs, um sich nach den Kontaktnummern der „Aktion Winterurlaub“ zu erkundigen.

Kontakt für „Aktion Winterurlaub“: Grüne Bundesgeschäftsstelle in Bonn



ermöglicht wird, und die Stimmung innerhalb der US-Army, die keineswegs darauf schließen läßt, daß alle bereit seien, nach Saudi Arabien zu gehen, wie General Griffith vor kurzem behauptet hat (siehe Pressedokumentation).

Die US-Regierung scheint fest entschlossen, einen Krieg gegen den Irak zu führen, und begründet dies damit, Kuwait befreien und Saddam Hussein, als Gefahr für den Weltfrieden, in Schranken weisen zu müssen. Diese Intention ist aber, wenn man die Geschichte us-amerikanischer militärischer Interventionen betrachtet, nicht sehr glaubhaft. Der eigentliche Grund ist das Öl, also die wirtschaftlichen Interessen der großen US-Konzerne. Dabei geht es nicht nur um das kuwaitische Öl, sondern um ein Prinzip. Niemand darf sich an "amerikanischen" Öl (eben solches, von dem US-Konzerne profitieren können) vergreifen. Um dieses "Recht" - Noam Chomsky nennt es die "Fünfte Freiheit" -, den Rest der Welt wirtschaftlich ausbeuten zu dürfen, zu verteidigen, haben die USA schon öfters ihre Armee eingesetzt (vergleiche: Noam Chomsky, Die fünfte Freiheit - Vorlesungen in Managua, Argument Verlag).

Nach der Sicherheitsratsresolution vom 29.11 ist die Durchsetzbarkeit im eigenen Lande fast das einzige, was die US-Regierung noch an einem militärischen Eingreifen am Golf hindern könnte. Folgerichtig versuchte Präsident Bush nach der Sicherheitsratssitzung in einer Fernsehansprache, der Angst vor

Widerstand gegen Verlegung an den Golf

## Die Angst wächst

In Ansbach haben mehrere GIs Anträge auf Kriegsdienstverweigerung gestellt

VON GEORG ESCHER



Erik Larsen Foto: Vrbata

**NÜRNBERG** - Die amerikanischen Militärs, in Washington wie in Ansbach, versuchen verzweifelt, den Deckel draufzuhalten und das Ganze gar nicht erst zum Thema werden zu lassen. Erkenne unter seinen Soldaten „keinen einzigen“, der sich weigere, mit nach Saudi-Arabien zu ziehen, erklärte erst vor wenigen Tagen General Ronald H.

Griffith, der Kommandeur der 1. Panzerdivision in Ansbach. Die Zweifel daran mehren sich, je näher die Truppenverlegung rückt.

In Ansbach werden derzeit, oft bis morgens um drei Uhr, Waffen, allerdings auch Leichensäcke verladen. Noch heute soll ein Voraustrupp an den Golf aufbrechen, aber fünf der Beteiligten weigern sich. Das behauptet jedenfalls Erik Larsen, ein 23-jähriger Marine-Reservist aus Hayward (Kalifornien), der nach Ausbruch der Golfkrise Anfang August selbst Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt hat und inzwischen unversehens zu einem der Sprecher der Verweigerer geworden ist. In Ansbach, einer seiner vielen Stationen in Europa, habe ihm ein GI gesagt, dort wollten 70 Prozent der Soldaten nicht in die Wüste ziehen, „aber sie haben Angst, das offen zu sagen“. Die Army-Pressestelle darf über angelegte Verweigerer vorerst nichts sagen, Auskünfte müßten autorisiert werden.

Wie sehr es in der US-Armee brodeln, obwohl davon nur wenig nach außen dringt, bestätigt auch André Stoner vom „Military Councelling Network“, einer Beratungsstelle für Verweigerer mit Sitz im Hunsrück. Allein aus dem Nürnberger Raum haben dort über 20 Soldaten angefragt, was sie denn tun könnten, einige stellvertretend auch für Kameraden, die sich selbst nicht trauen. Zehn sollen bereits Anträge eingereicht haben. Dabei wurde offenbar sogar mit der - falschen - Behauptung gedroht, Kriegsdienstverweigerung sei illegal.

### Ungeheure Schockwellen

Die Angst, die die Soldaten zur Verweigerung treibt, ist nur zu begründet. Selbst die US-Regierung rechnet damit, daß bei einem Krieg mit dem Irak allein in der ersten Woche 50 000 GIs sterben werden, eine Zahl, die in den USA ungeheure Schockwellen ausgelöst hat. Sie reicht fast an die 55 000 Toten heran, die der Vietnamkrieg auf amerikanischer Seite gefordert hat - in zehn Jahren.

Larsen, Sohn dänischer Einwanderer, der „aus patriotischen Gründen“ zur Armee ging („Ich wollte zurückzahlen, was das Land meiner Familie gegeben hat“), nennt einen zweiten Grund: Viele der Soldaten, die meisten farbige und aus zum Teil ärmlichsten Verhältnissen, sehen nicht ein, warum sie ihr Leben lassen sollen „für den Ölreichtum der Scheichs“.

Zum Desertieren ruft Larsen, der nach eigener Aussage auch vom FBI überwacht wird, nicht auf, denn er will „ehrenhaft“ aus der Armee entlassen werden. Aber überall trommelt er dafür, daß die Soldaten die Flugblätter der Grünen sehr genau studieren und die angebotene Beratung annehmen. Dort können die GIs unter Umständen eine Information erhalten, die sie ohne weitere Interpretation verstehen: In Schweden oder Jugoslawien werden Deserteure nicht abgeschoben.

einem zweiten Vietnam entgegenzuwirken! ein Krieg gegen den Irak würde nur einige Monate dauern und sich nicht, wie in Vietnam, über Jahre hinziehen. Bush könnte sich dabei auf die Studie eines amerikanischen Strategie-Forschungsinstituts stützen, die von drei bis sechs Monaten ausgeht. Verschwiegen hat Bush allerdings, daß dasselbe Institut von 50000 toten amerikanischen SoldatInnen in den ersten Wochen ausgeht. Im Vietnamkrieg kamen "nur" 58000 GI's um.

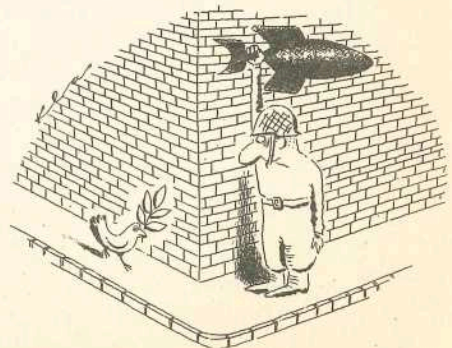
In dieser Studie sind die genannten zwei Punkte auch die "wichtigsten", Verluste der irakischen Armee und in der Zivilbevölkerung spielen eine untergeordnete Rolle (keine genaueren Schätzungen). Andere mögliche Folgen eines Krieges am Golf werden überhaupt nicht behandelt und auch in der deutschen Presse kaum erwähnt. Großflächige Ölbrände, etwa durch ein absichtliches in Brand schießen der Ölfelder in Saudi Arabien, Kuwait und dem Irak, hätten katastrophale ökologische und klimatische Folgen. Es besteht die Gefahr, daß der z.Z. kalte arabisch-israelische Krieg wieder aufbricht, was zum Einsatz der israelischen Atomwaffen führen könnte....

Aber auch wir könnten direkt, und nicht "nur" durch katastrophale Auswirkungen, betroffen sein, denn spätestens wenn es an der irakisch-türkischen Grenze zu Auseinandersetzungen kommt (oder schon früher, wenn

es nach dem Willen einiger Politiker geht), wird auch die Bundeswehr eingesetzt werden. Daher bleibt als Abschluß dieses Artikels nur, aus dem beschlagnahmten, offenen Brief des Sonderparteitages der Grünen dokumentarisch zu zitieren:

"Soldaten und Rekruten der Bundeswehr und der NVA! ... Sagt Nein! Eure Verfügbarkeit als Soldaten für diese Planungen ist ein wesentlicher Faktor ihrer Durchführbarkeit ... Wir rufen Euch ganz besonders deshalb dazu auf: Verweigert euch diesen Planungen! Verweigert den Kriegsdienst, verlaßt die Armee! Laßt Euch nicht zum Kanonenfutter für eine verfehlte und nicht dem Frieden und der Unabhängigkeit unseres Landes dienenden Politik machen - denn Ihr werdet es sein, die als erste für Großmachtambitionen und militärische Abenteuer den Kopf halten müssen. Wenn Ihr den Befehl bekommt, in einen Krieg irgendwo auf der Welt zu gehen, dann SAGT NEIN und BEGEHT FAH-NENFLUCHT! ... "

*Christopher*





# GEMISCHTES \*\*\*

## KLEINANZEIGE

Seit längerer Zeit fliegt bei uns im FSI-Zimmer ein Bibliotheksausweis herum, der vermutlich irgendwann mal als Pfand dagelassen und seitdem nicht wieder abgeholt wurde. Wir bitten den Eigentümer, Thomas Lindau, ihn sich demächst bei uns abzuholen.



ICH LIEBE

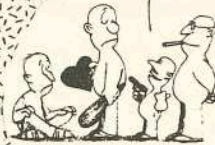


Ganz tolle Wohnung, groß, hell, warm, schön, billig, zentral und ruhig nicht zu vermieten, da wir auch keine haben.

DU LIEBST



ER LIEBT



*Es gibt Leute, die vollkommene Bücher an den zerstoßenen Herzen (süßlich) deutsche Selbstliebe*

Die politische Arbeit der Studierendenvertretung

"Und die Sache selbst ersoff in Verordnungen und Erlassen, die kleinen Kabalen und Reibereien in den Ämtern füllten Menschenleben aus, ..."  
Kurt Tucholski (von Norbert Glaser)

## ÖFFENTLICHER AUFRUF:

Das Herz muß weg! Ermachtet die Reaktion!  
(UnterstützerInnen: Simone, Gernot, Dirk, Elke, Michaela, Henrik, Marc, Jürgen und sicher noch zahlreiche andere vernünftige Personen)

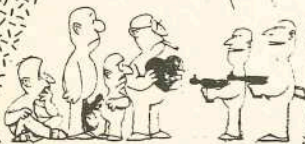
**TATZEIT:**  
Wo waren Sie am Sonntag, 2. Dezember, zwischen 8 und 18 Uhr?! (Irgendjemand muß es ja schließlich gewesen sein)

Das ist auch unsere Meinung!  
Gerd, Michael (EX-FSI-Altester)

Das Herz bleibt!!!  
(Das Politbüro: Christoph, Detlef, Claus und der Rest der Welt)

*Selbsthannkes (d.S.)*

WIR LIEBEN



IHR LIEBT



SIE LIEBEN



Das Herz ist weg!  
In Trauer, Detlef.



# SCHWERPUNKT STUDIENZEITVERKÜRZUNG

Schon seit einigen Jahren wird von den Kultusministerien und den Universitäten mit verschiedenen Mitteln versucht, die Studienzeiten zu verkürzen. So sieht das Bayerische Hochschulgesetz (BHG) vor, daß Studierende sich nach gewissen Fristen zu Prüfungen anmelden müssen. Tun sie dies nicht, gilt die Prüfung als abgelegt und nicht bestanden. Werden die Fristen noch weiter überschritten, müssen diese Studierenden zwangsexmatrikuliert werden. Dabei ist die sogenannte Regelstudienzeit so kurz bemessen, daß ein Studium in dieser Zeit praktisch nicht möglich ist. Umgekehrt ist durch die allgemeine Überlastsituation die durchschnittliche Studiendauer so hoch, daß praktisch jede/r von den Zwangsmaßnahmen betroffen ist.

Um nun die letzten Auslegungslücken, die das BHG noch bot, juristisch zu schließen und den Universitäten den Ermessensspielraum weiter einzuengen, hat der Minister für Wissenschaft und Kunst, Hans Zehetmair, einen Brief an alle bayerischen Hochschulen geschrieben, in dem "Maßnahmen zur Verkürzung der Hochschulausbildung" empfohlen bzw. angeordnet werden. So heißt es in diesem Brief: "Im Auftrag des Ministerrats hat die Kommission der Staatsregierung zu Hochschul- und Bildungsfragen" u.a. mittel- und langfristige Handlungsvorschläge für eine Verkürzung der Schul- und Hochschulausbildung entwickelt und dazu berichtet. Der Ministerrat hat am 20.03.1990 diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen und das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst beauftragt, die von der Kommis-

sion vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verkürzung der Hochschulausbildung umzusetzen bzw. auf ihre Umsetzung hinzuwirken." Die empfohlenen Maßnahmen sind alle "kurzfristig oder mittelfristig ohne erhebliche Kosten umsetzbar".

Die Maßnahmen umfassen im einzelnen:

- den "Erlaß übersichtlicher, systematisch aufgebauter Studienordnungen und Studienpläne"
- "Ausbau und Intensivierung der Fachstudienberatung"
- "Begrenzung des Semesterwochenstundenumfangs, der Studieninhalte, Studienleistungen und der Zahl der Studienfächer"
- "Begrenzung bzw. Verminderung des Umfangs der Studienabschlußarbeit (Diplom-, Magister-, Hausarbeit)"
- "konsequente Überwachung der Melde- und Prüfungsfristen und zeitliche Straffung der Prüfungsverfahren sowie entsprechende Beratung"
- "Zeitliche Straffung der Wiederholungsprüfungen"
- Schaffung von Anreizen zum rascheren Studium durch Erleichterungen bei Rücktritts- und Wiederholungsmöglichkeiten für Studenten, die die Prüfungen zu den Regelterminen ablegen
- "optimale Nutzung der vorhandenen Raum- und Personalkapazitäten"

Damit die Vorschläge von den Universitäten beachtet werden, heißt es in dem Brief weiter: "Der Bayerische Landtag hat ... beschlossen, die Hochschulen anzuhalten, ... die tatsächliche Studiendauer deutlich an die Regelstudienzeit heranzuführen und die Zuteilung zusätzlicher Haushaltsmittel auch vom Erfolg solcher Maßnahmen



abhängig zu machen; dem Landtag ist hierüber bis zum 01.05.1991 zu berichten"

Weiterhin wird darum "gebeten, die ... Vorschläge der Kommission auf ihre Umsetzbarkeit in den einzelnen Studiengängen zu überprüfen und die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Es wird gebeten, bis zum 01.03.1991 für jeden Studiengang gesondert über das Veranlaßte zu berichten..."

Der Maßnahmenkatalog erwähnt im Zusammenhang mit Studienordnungen und Studienplänen, daß diese durch "eine klare Strukturierung durchschaubar zu machen" seien. Es wird weiterhin gefordert, "den Stoffumfang auf das wesentliche und erforderliche Grundwissen zu reduzieren. Der Erwerb von spezialisiertem Wissen sollte nur noch exemplarisch zum Erwerb methodischer Fähigkeiten eingesetzt werden." Dazu sollen einerseits die Zahl der "Schwerpunkte und Spezialfächer sowie (die) Zahl der Prüfungsfächer sowie (die) Prüfungsleistungen insgesamt auf das unbedingt erforderliche Maß entsprechend den Rahmenordnungen oder Empfehlungen der Studienreformkommission (des Bundes, d. Red.)" begrenzt werden. Weiterhin werden Richtlinien für den Gesamtumfang eines Studiengangs gegeben: "Der Höchstumfang der zu veranschlagenden Semesterwochenstunden sollte je nach Studiengang bei einer Regelstudienzeit von ... 9 Semestern bei etwa 150 - 180 SWS, ... ohne Prüfungszeiten, liegen." Und: "Dabei muß den Studenten ein gewisser Freiraum (etwa 5 - 10 SWS) für den Besuch fächerübergreifender Lehrveranstaltungen innerhalb der Regelstudienzeit erhalten bleiben."

Weitere Maßnahmen zur Verkürzung der unmittelbaren Studienleistungen (z.B. Studienarbeit) sehen vor, daß ein "Abgabetermin innerhalb desselben Semesters" festgelegt werden soll und weiter eine "Begrenzung auf in der Regel nicht mehr als 20 Schreibmaschinenseiten". Zudem wird für Studienleistungen, zu denen auch Scheine zählen, gefordert, "höchstens zwei Wiederholungsmöglichkeiten innerhalb der Meldefristen zu den Prüfungen" zu gewähren.

Für die "Begrenzung des Umfangs der Studienabschlußarbeit" (Diplomarbeit) wird empfohlen: "Entsprechend der Funktion der Abschlußarbeit als Prüfungsleistung sind Thema und Anforderungen" sowie "die Seitenzahl der Arbeit" zu begrenzen. Des weiteren sollen "die Diplomanden ... möglichst gleichmäßig ... auf die Prüfungsberechtigten" durch den Prüfungsausschuß verteilt werden.

Damit die prüfungsrechtlichen Meldefristen nicht durch Beurlaubung verlängert werden, empfiehlt das Ministerium, "bei der Gewährung von Beurlaubungen ... auf eine strengere als der bisherigen großzügigen Praxis" zu achten. Insbesondere soll, "wenn eine Krankheit als wichtiger Grund für eine Beurlaubung geltend gemacht wird, ... aufgrund eines ... erforderlichenfalls fachärztlichen Gutachtens (geprüft werden), ob ...eine Beurlaubung sachgerecht ist." Außerdem wird darauf hingewiesen, daß "wirtschaftliche Schwierigkeiten in der Regel nicht als wichtiger Grund anerkannt werden können. Beurlaubungen zur Wahrnehmung einer Erwerbstätigkeit zur Finanzierung des Studiums entspre-



chen nicht der Regelung in Art. 64 Abs. 2 Satz 1 BayHSchG".

Der Brief regt weiterhin an, Meldefristen zu den Prüfungen strenger zu überwachen. So sollen "vorhandene oder noch einzurichtende Datenverarbeitungssysteme" diese Aufgabe unterstützen und ein "Vorwarnsystem auf DV-Basis, mit dem die Studenten auf die anstehende Prüfung hingewiesen werden", eingeführt werden. Bei Fristüberschreitungen soll die Exmatrikulation erfolgen. Bei der "Fristberechnung (sollen) anrechenbare Studienzeiten" berücksichtigt werden, die in anderen Studiengängen verbracht wurden. "Bei der Gewährung von Fristüberschreitungen (soll ein) strengerer Maßstab" angelegt werden.

In einigen Studiengängen ist es möglich, von Prüfungen, zu denen mensch sich angemeldet hat, kurzfristig zurückzutreten. Entsprechende Regelungen stehen in den Diplomprüfungsordnungen. (Im Studiengang Informatik in Erlangen ist diese Möglichkeit nicht vorgesehen.) Die Muster-Diplomprüfungsordnung des Ministeriums sieht dazu vor, daß Studierende, die sich zu den Regelprüfungsterminen zu den Prüfungen anmelden, bis (wenige) Tage vor der Prüfung ohne Angabe von Gründen zurücktreten können. Die Muster-DPO sieht jedoch auch vor, daß von Anmeldungen zu 'verspäteten' Prüfungen unter Angabe von Gründen zurückgetreten werden kann. (Die Muster-DPO ist an dieser Stelle nicht eindeutig.) In diesem Falle entscheidet der Prüfungsausschuß, ob der Rücktritt zulässig ist und bestimmt einen erneuten Termin, der in der Regel der nächstmögliche sein soll. Für eine derartige Regelung empfiehlt das Ministerium nun, daß "in Krankheits-

fällen in der Regel (ein) Attest eines Vertrauensarztes der Hochschule" eingeholt werden soll. Und: "Es sollte bestimmt werden, daß der gesamte Prüfungsabschnitt nachzuholen ist, wenn zum Zeitpunkt des Rücktritts nicht die Hälfte der Fachprüfungen des Prüfungsabschnitts abgelegt sind." Damit geht die Empfehlung deutlich über die Regelung in der Muster-DPO hinaus.

Zur Straffung des Prüfungsverfahrens enthält der Brief folgende Empfehlungen:

- "Zusammenfassung der Fachprüfungen in ein bis zwei Abschnitte (Blockprüfungen); Dreiteilung nur für Studenten, die sich an die vorgeschriebenen Regelprüfungstermine halten (...)" Dies betrifft zum Beispiel Elektrotechnik-Studierende.
- "Wiederholung von Fachprüfungen jeweils schon zum nächsten Prüfungstermin; die bei der Erstwiederholung gestattete 1-Jahres-Frist (...) muß von der Hochschule nicht ausgeschöpft werden. Die Prüfo kann kürzere Fristen vorschreiben (...)"
- Zulassung zum nächsten Prüfungsabschnitt auch, wenn vorige Prüfungsabschnitt noch nicht vollständig abgelegt bzw. bestanden (wurde) ...
- "(Der) Prüfungsausschuß hat auf angemessene Korrekturfristen bei Klausuren und Diplom-/Magisterarbeiten sowie auf rechtzeitige und zügige Vergabe der Studienabschlußarbeiten hinzuwirken"

Zur Möglichkeit der Zweitwiederholungsanträge wird empfohlen:

- "- Die Möglichkeit der Zweitwiederholung einer Prüfung ist gemäß ... BayHSchG in der Prüfungsordnung auf Ausnahmefälle zu beschränken. Diese Ausnahme-



fälle sind in der Prüfungsordnung eindeutig bestimmbar nach den Kriterien des Gesetzes abschließend festzulegen ...". Zusätzlich wird empfohlen die Anzahl der zweitwiederholbaren Prüfungen zu begrenzen.

Schließlich wird noch angeregt, Anreize für die Studierenden zu schaffen, schneller zu studieren. So sollen "Erleichterungen beim Rücktritt von Prüfungen für Studenten, die vorzeitig oder zu den Regelterminen zur Prüfung antreten", geschaffen werden (vergl. oben). Außerdem soll die "Fächerzahl für die Zweitwiederholung von Prüfungen für Studenten, die die Prüfungen zu den Regelterminen abgelegt haben," erweitert werden (s.o.). Dazu heißt es in den Erläuterungen: "Dem möglichen Einwand, daß dadurch Studenten benachteiligt würden, die aus durchaus aner kennenswerten Gründen nicht in der Lage sind, die Regelstudienzeit einzuhalten, kann entgegengehalten werden, daß auch die derzeitigen Regelungen Möglichkeiten schaffen, die - je nach Standpunkt - als ungerecht empfunden werden können. So hat z.B. der 'Bummeistudent', der das Regelstudium legal um 4 oder mehr Semester überzieht, derzeit dieselben Rücktritts- und Wiederholungsmöglichkeiten von Prüfungen, wie ein Student, der sich in der Regelstudienzeit den Prüfungen unterzieht." Es wird weiter angeregt, daß ein schnelles Studium mit Prüfungen innerhalb der Regeltermine als "bestimmter Ausnahmefall" in den Katalog der Begründungen für Zweitwiederholungen aufgenommen werden soll. Schließlich wird die "Ausweisung der Fachstudiendauer im Abschluszeugnis auf Antrag des Studenten" vorgeschlagen.

Zur Schaffung von Anreizen für Hochschullehrer schreibt das Ministerium:

- "Vergabe eines Preises (ca. 10.000 DM) zur Auszeichnung besonderer Leistungen in der Lehre, wie z.B. für die Abhaltung pädagogisch ausgezeichnete Lehrveranstaltungen oder für die Herausgabe didaktisch hervorragender Lehrbücher. ...  
- "Bereitstellung von Sondermitteln für Facheinheiten, die besondere Leistungen und Erfolge zur Verkürzung der Studienzeiten erbracht haben. Die Mittel können beim Ministerium beantragt werden, wobei nachzuweisen wäre, daß ... die durchschnittliche Studienzeit der Absolventen dieser Facheinheit beträchtlich gesenkt werden konnte. ..."

Um schließlich die vorhandene Infrastruktur besser zu nutzen, regt das Schreiben an.

- "Optimierung des Studiendurchlaufs (Abstimmung des Lehrveranstaltungsangebots nach Vorgabe des Studienplans; keine Überschneidung von Lehrveranstaltungen, die planmäßig zusammenhängen; Wiederholungsmöglichkeiten von Pflichtveranstaltungen (Scheine) in jedem Semester)"  
- "Hochschullehrer verstärkt nach organisatorischen Sachzwängen in die Pflicht zu nehmen (Präsenzpflicht!)"  
- "Nach Möglichkeit zusammengehörende Vorlesungen und Übungen zeitlich in Blöcken durchführen, damit Studenten und Lehrpersonal unnötiger Zeitverlust erspart werden kann"  
- "Einsatz moderner Lehr- und Lerntechniken zur Entlastung des Lehrpersonals und des Vorlesungsumfanges"



Kommentar der FSI Informatik

Es wird ernst! Bei den im Übersichtsartikel vorgestellten Maßnahmen handelt es sich nicht um Vorschläge, die in irgendwelchen Schubladen verstauben werden, sondern bis 1.3.1991 müssen die einzelnen Studiengänge darüber Bericht erstatten, wie und mit welchem Erfolg die Maßnahmen umgesetzt worden sind. Gerade bei uns im Studienfach Informatik wird dieser Maßnahmenkatalog sicherlich ein Volltreffer; denn die Durchschnittsstudiendauer beträgt zur Zeit ca. 13 Semester und der Prozentsatz derer, die das Studium in 9 Semestern (der Regelstudienzeit) absolvieren, ist einseitig (die Gerüchte schwanken zwischen 0.5 und 2%). Der ganze Studiengang besteht also - nach Lesart des Ministeriums - praktisch nur aus "Bummelstudenten".

Ursachen langer Studienzeiten

Das MiWiku scheint davon auszugehen, daß es bisher nicht ausreichend starke Anreize für ein zügiges Studium gab; den Studierenden mangelte es hauptsächlich an Lust, fertig zu werden, und dieser Unlust soll jetzt "abgeholfen" werden, indem alle Regelungen des BHG auf die schärfstmögliche Auslegung festgeschrieben werden. Dagegen belegen alle Statistiken zum Thema, daß die erhöhte Studierendauer im Wesentlichen eine Folge der Überlastsituation ist und damit aus der total verfehlten Hochschulpolitik der letzten Jahre resultiert. Alle Statusgruppen der Universität, insbesondere die Profs und Mitarbeiter, fordern seit Jahren einen angemessenen Ausbau der Universitäten, um die Qualität der Lehre zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Die Maßnahmen

des MiWikus bekämpfen also nicht die Ursachen der langen Studiendauer, sondern die Symptome, und zwar aus Gründen, die im Begleitschreiben des Ministers klar genannt werden: Die Verschärfung von Verwaltungsvorschriften kostet nur nichts im Vergleich zu auch nur minimaler Besserung der Überlastsituation. Bedenkt mensch, daß Bayern das reichste Bundesland der Republik ist, zeigt dies deutlich, welchen Stellenwert Hochschulpolitik in diesem Land besitzt. Ein solches Verhalten ist nur verständlich bei einer Staats- und Bundesregierung, die es sich offenbar zum Ziel gesetzt hat, die Bevölkerung über die Kosten gewisser Projekte im Unklaren zu lassen und statt dessen lieber gerade die Haushaltstöpfe zu plündern, die in den vergangenen Jahren ohnehin vernachlässigt wurden.

Ziel der Maßnahmen

Das Ziel ist einfach: "Eine Angleichung der tatsächlichen Studiendauer an die Regelstudienzeit". Und mit diesen Anweisungen hat das MiWiku die besten Erfolgsaussichten. Die Durchschnittsstudiendauer der erfolgreichen AbsolventInnen wird sinken, da diejenigen, die in 13 oder mehr Semestern durchaus ihr Diplom schaffen könnten, in Zukunft zum Abbruch ihres Studiums gezwungen werden und nicht mehr in der Statistik auftauchen. Nur werden diese AbbrecherInnen wohl kaum als ungelernete HilfsarbeiterInnen auf den Arbeitsmarkt strömen, sondern eine zweite Ausbildung - eventuell ein Studium in einem anderen Fach - beginnen. Und so wird aus einer "Bummelstudentin" mit dreizehn Semestern zum Informatik-Diplom



sehr schnell eine AbrecherIn nach dem 7. Semester Informatik, die dann als Musterstudierende des MiWiKus in 10 Semestern zum Mathe-Diplom kommt. Ein echter Beitrag zur Verkürzung der Ausbildungszeiten.

Landtag beschlossene Gesetz: Obwohl das BHG eine Frist von einem Jahr läßt, sollen die Studierenden bereits nach sechs Monaten zu einer Wiederholung gezwungen werden. Bei uns trifft diese Regelung besonders diejenigen, die im Mathe-Vordiplom den Lehrstuhl wechseln wollen oder für eine Prüfung über eine zweisemestrige Vorlesung noch mal den zweiten Abschnitt hören müssen, weil sie dort besondere Lücken haben. (z.B. in TGD I E-Technik ...) Eine angemessene Vorbereitung auf die Wiederholungsprüfung wird so erschwert und die Gefahr, ein zweites Mal durchzufallen, steigt. So wird nur die Abbrecherquote in die Höhe getrieben.

**Einschränkung von Ermessensspielräumen**

Die Ideen des MiWiKus stopfen nicht nur die letzten Schlupflöcher, die das BHG ließ, sondern greifen auch in die Entscheidungsbefugnisse der Hochschulen ein. Damit wird die letzte individuelle Studiengestaltung durch Verwaltungsvorschriften ausgehebelt. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Prüfungen und Beurlaubungen. So prüfte der Prüfungsausschuß bisher die Anträge auf Zweitwiederholung einzeln unter Berücksichtigung der individuellen Studiensituation. Diese Praxis wird auch durch das Oberverwaltungsgericht Ansbach bestätigt, das in einem Präzedenzfall entschied, daß der Prüfungsausschuß einen Antrag auf Zweitwiederholung nur ablehnen sollte, wenn er belegen kann, daß die Antragstellerin mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die Prüfung nicht bestehen wird. Bisherige Fernleistungen allein gelten nicht als hinreichender Ablehnungsgrund. Dieses Verfahren wird durch die neuen Anweisungen, nach denen solche Anträge nach formalisierten Kriterien entschieden werden, unterlaufen. Die Beweislast bei einer Ablehnung wird mindestens aufgehoben, wenn nicht gar umgekehrt. Zusätzlich werden die Unis aufgefordert, die Fristen für die Wiederholungen von Prüfungen intern zu verkürzen, und damit verschärft das MiWiKu selbstherrlich das vom bayerischen

**Beschränkung der Studieninhalte**

Die Maßnahmen zur Begrenzung des Studienstoffes sind für Studierende durchaus zweischneidig. So enthalten sie erstmals - wenn auch katewweich formulierte, reichlich abstrakte - Appelle an die Profs, die Studieninhalte zu entrümpeln, die Zahl der SWS für das gesamte Studium einzuschränken, sowie Umfang und Dauer von Studien- bzw. Diplomarbeiten zu begrenzen. Damit wird hoffentlich der schleichenden Ausweitung des Studiums ein Ende bereitet, die auch bei uns seit einigen Jahren grassiert: z.B. in Form "freiwilliger" Ergänzungsvorlesungen zu Pflichtveranstaltungen (PoP, Mathe), dem Zwang in bestimmten Diplomprüfungsfächern 12 SWS zu belegen (AS), obwohl in der Prüfungsordnung nur 7 verlangt werden, die Erweiterung von Hauptstudiumsvorlesungen von 5 auf 6 SWS, die aber nur als fünfstündig in der Prüfung angerechnet werden (AT, BP zum Teil), oder die ständig ausufernden Studienarbeiten, etc...

meinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinung



Diese zusätzlichen Studienleistungen, die in keiner Studienordnung aufgeführt werden, verlängern das Studium enorm und daher ist es aus studentischer Sicht nur erfreulich, wenn das Studium auf das Notwendige begrenzt werden soll. Nur leider hat das MiWiKu eine Vorstellung von "notwendig", die jeglichen wissenschaftlichen Anspruch negiert. So ist "der Stoffumfang auf das wesentliche ... Grundlagenwissen zu reduzieren" und "der Erwerb von spezialisiertem Wissen" ist nur noch für Promovierende vorgesehen. Das Studium soll auf einen rudimentären Schnellkurs zusammenschrumpfen, in dem es natürlich unmöglich ist, den

aktuellen Stand der wissenschaftlichen Forschung auch nur ansatzweise zu erreichen. Dazu paßt auch die ausschließliche Charakterisierung der Diplomarbeit als Prüfungsleistung. Die bisherige Forderung nach Wissenschaftlichkeit dieser Arbeit wird aufgegeben. Damit wird die Qualität der Hochschulausbildung bewußt zugunsten eines schnellen Billigstudiums geopfert. Ganz nebenbei bemerkt, ist die Begrenzung der SWS auf 150-180 in 9 Semester vermutlich das Ende unserer Studienreform, die mit 100 SWS allein im Grundstudium weit darüber liegt.

**Noch weniger Chancengleichheit**

Obwohl der Anteil der Studierenden aus einkommensschwächeren Familien seit Jahren zurückgeht, verschärfen diese Maßnahmen, die sich ein Ministerium einer christlich-sozialen Regierung ausgedacht hat, gerade für finanziell schlechter Gestellte die Studiensituation extrem. Wer während des Studiums jobben muß, um seinen/ihren Lebensunterhalt zu verdienen, hat das nach Ansicht des MiWiKu selber zu vertreten, eine Verlängerung der Fristen wird explizit ausgeschlossen. Für alle, die weder vom BaFÖG ausreichend versorgt werden noch mit dem berühmten, goldenen Teelöffel geboren wurden, wird ein Studium praktisch unmöglich.

**Spezielle Highlights**

Dazu gehören sicherlich die Sondermittel für "besondere Leistungen und Erfolge zur Verkürzung der Studienzeiten". Diese können sich sehr schnell als "Kopfgelder" entpuppen, denn durch gnadenloses Herausprüfen wird natürlich die Studiendauer der AbsolventInnen gesenkt, weil nur noch die "Cracks" zum Abschluß kommen.

meinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinung



meinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinung

**Zusammenfassung**

Außerdem werden so Steilkurse mit scharfen Zugangsbeschränkungen und andere Abschreckungsmaßnahmen, mit denen einige Lehrstühle sich die Masse der Studierenden vom Leibe halten, auch noch vom MiWiKu bezahlt.

Wenn endlich auch für Diplomstudiengänge die Möglichkeit geschaffen wird, von Prüfungen zurückzutreten, so ist das sicher begrüßenswert. Doch diese Erleichterung soll nur denjenigen gewährt werden, die ihre Prüfungen nach dem 2./4. und 6./8. Semester ablegen, und das sind bei uns wahrlich nicht viele. Das MiWiKu begründet auch - und jetzt wird es unverschämter oder zynischer - warum die bewußte Ungleichbehandlung von Prüflingen rechtens sei: bei jeder Regelung ließe sich ein Standpunkt finden, von dem aus diese als ungerecht empfunden werden könne. (Spätestens seit ich das gelesen habe, weiß ich, daß es sich nur um eine schreiende Ungerechtigkeit handeln kann, wenn ich nicht der Kaiser von Deutschland oder wenigstens die Wissenschaftsministerin von Bayern bin.)

Zu den genannten Kritikpunkten lassen sich sicher noch weitere hinzufügen, insbesondere wurden die Teile des Maßnahmenkatalogs, die andere Studiengänge betreffen, vernachlässigt. Abschließend seien nur noch einmal drei Aspekte betont:

- Diese Anweisungen des MiWiKu erzwingen die Studienzeitverkürzung durch verschärften Druck auf die Studierenden; alle Forderungen an die Profs bzw. die Unileitung sind als "Kann"-Bestimmungen oder "Good will"-Appelle formuliert.
- Die Überlastsituation wird dadurch kein bißchen verbessert.
- Die Maßnahmen werden dazu führen, daß die Studienzeiten erfolgreicher AbsolventInnen sinken, während die durchschnittlichen Ausbildungszeiten aufgrund erhöhter Abbrecherquoten steigen werden.

Vorsitzender der Kommission des Ministeriums, die diesen Katalog erarbeitet hat, ist übrigens ein gewisser Nikolaus Fiebiger, unser heißgeliebter Expräsident, über den in der Festschrift anlässlich seiner Pensionierung folgendes zu lesen war: "Nach knapp drei (!) Jahren bestand er 1950 ... seine Vordiplomprüfung. ... Seine Diplomprüfung legte er 1954 an der TH Stuttgart ab. ... Nikolaus Fiebiger schaffte das Physikstudium also doch, trotz seines fortgeschrittenen Alters (Jahrgang 1922). Er brauchte zwar 21 (!) Semester bis zur Promotion - nach seinen heutigen Maßstäben sicher viel zu viele ..."



meinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinung

meinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinung

meinungmeinungmeinungmeinungmeinung

## Stellungnahmen zum Thema

### Studienzeitverkürzung

Prof. Dr. H.J. Schneider

Lehrstuhl für Programmiersprachen  
der Universität Erlangen-Nürnberg

Martensstr. 3  
8520 Erlangen  
26. Nov. 1990  
Az.: 90-48-07

1. Eine Begrenzung des Umfangs und der Dauer der Studien- und Diplomarbeiten versuche ich schon seit langem durchzusetzen. Damit diese Maßnahme aber greift, müssen folgende Gesichtspunkte geregelt und juristisch abgesichert werden:
  - (a) Die sog. Einarbeitungszeit muß ebenfalls begrenzt und überwacht werden. Dies ist allerdings in erster Linie kein juristisches, sondern ein Problem der Selbstdisziplin.
  - (b) Eine Seitenbegrenzung ist (nach meiner Erfahrung) nicht praktikabel, da die modernen Textverarbeitungssysteme eine sehr weitgehende Packungsdichte erlauben. Besser sind also Obergrenzen für die Zahl der Anschläge, Wörter o.ä. Derartige Grenzen greifen aber nur, wenn ihre Überschreitung zwangsweise zu einem Notenabschlag führt.
  - (c) Wenn man sich zu einer Seitenbegrenzung durchringt, sind auch die Anzahl und der Umfang eventueller Anlagen (Programmtexte usw.) zu begrenzen.
  - (d) Wird der Umfang von im Rahmen der Arbeit zu erstellenden Programmen festgelegt, so muß auch festgelegt werden, wieviel Prozent davon mindestens Kommentare sein müssen.

Am besten funktioniert eine solche Begrenzung durch gutes Zusammenspiel von Hochschullehrern, Mitarbeitern und Studierenden. Wie aus dem Gesagten hervorgeht, wären juristische Lösungen kompliziert und/oder ungerecht.
2. Die gleichmäßige Verteilung der Studienarbeiter und Diplomanden auf alle Prüfer setzt voraus, daß den Studierenden die Wahl eines Schwerpunktes, in dem sie die Arbeit schreiben wollen, verwehrt wird. Aus Gründen der Gleichbehandlung dürfte diese dann keinem Studierenden genehmigt werden.
3. Die Fristen bei der Korrektur von Studien- und Diplomarbeiten hängen nicht nur von



der einzelnen Arbeit, sondern auch vom Abgabetermin (Anfang der Vorlesungszeit oder Ende) ab. Ferner setzt die Realisierung praxisrelevanter Themenstellungen voraus, daß eine größere Anzahl von Studierenden an dem Projekt gleichzeitig arbeitet und somit auch gleichzeitig fertig wird. Eine Fristsetzung müßte dies berücksichtigen.

4. Eine Einschränkung der Wahlmöglichkeiten innerhalb unserer Diplomprüfungsordnung ist zwar inhaltlich nicht wünschenswert, aber wohl schon aus organisatorischen Gründen nicht länger vermeidbar: Da die Erlanger Informatik z.Zt. über 13 Hochschullehrer verfügt, ist ein überschneidungsfreies Angebot von je vier Stunden pro Woche stundenplantechnisch nicht machbar.
5. Wiederholbarkeit von Studienleistungen (Scheine)
  - (a) Über die beliebige Wiederholbarkeit von Studienleistungen (z.B. Programmierschein) habe ich schon früher mit Herrn Merker gesprochen. Um diese Wiederholbarkeit einzuschränken, sind juristische Maßnahmen erforderlich; sonst hätte ich das damals vorgenommen, da die Belastung des Lehrstuhls zu groß war.
  - (b) Die Wiederholung solcher Scheinklausuren auch in Semestern, in denen laut Studienplan die zugehörige Vorlesung nicht stattfindet, ist möglich. Dies erfordert jedoch eine Änderung der Regellehrverpflichtungsverordnung und der Kapazitätsverordnung, weil der erhebliche Vorbereitungs- und Korrekturaufwand sonst nicht anrechenbar ist.
  - (c) Eine optimale Lösung wäre m.E. die Wiederholung der ganzen Lehrveranstaltung. Da sich dies weder aus der Prüfungsordnung noch aus der Studienordnung ergibt, müßte in der Kapazitätsverordnung ein Passus eingefügt werden, nach dem einsemestrige Lehrveranstaltung doppelt zu zählen sind.
6. Von zeitlich zusammenhängenden Lehrveranstaltungsblöcken halte ich sehr wenig. Der Rhythmus wöchentlicher Information mit der damit verbundenen Wiederholungsfunktion sorgt für eine bessere Abspeicherung im Langzeitgedächtnis. Blockveranstaltungen sind dann sinnvoll, wenn der Stoff unmittelbar anschließend in einer längeren Projektaktivität angewandt und so verarbeitet wird oder aber nur einer allgemeinen, nicht weiter zu vertiefenden Information dient.
7. Die Umstellung meiner Hauptdiplomprüfungen von der mündlichen auf die schriftliche Form vor einigen Semestern scheint übrigens ebenfalls einen beschleunigenden Effekt gehabt zu haben. Ich kann zwar, da die Semesterzahl aus den Prüfungsunterlagen nicht hervorgeht, keine genaue Statistik machen, bei der Betrachtung der Matrikelnummern fällt mir aber auf, daß die Mehrheit der Studierenden offenbar dazu neigt, diesen Teil der Prüfung unmittelbar im Anschluß an das Hören der Vorlesungen abzulegen.
8. Von Anreizen für die Hochschullehrer halte ich nichts, wenn sie Fakultäten oder Instituten zukommen; der individuelle Anreiz fehlt dann. Die älteren Hochschulpolitiker müßten eigentlich noch wissen, daß die Diskussion über die Überlastung der Hochschulen schlagartig in dem Jahr eingesetzt hat, als die bis dahin individuell nach Studentenzahl berechneten Kollegelder pauschaliert wurden.

meinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinung  
Anmerkungen zu den vorgeschlagenen "Maßnahmen zur Verkürzung der  
Hochschulausbildung" aus der Sicht des Studienberaters.

Ganz schlicht gesagt: es kann sein, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht das bringen, was man sich von ihnen verspricht. Es kann sein, daß neue Belastungen für die Studenten, aber auch die Lehrenden entstehen, ohne daß sich die Situation grundlegend bessert. Diese Vermutungen liegen nahe, weil die vorgeschlagenen Maßnahmen im wesentlichen administrativ orientiert sind. Nach meiner Erfahrung kommen aber die Verzögerungen im Studium zuerst und zumeist aus der Frustration im Lehrbetrieb, und nicht aus der Prüfungsordnung und deren administrativer Umsetzung.

Die Frustration im Lehrbetrieb (auch auf Seiten der Lehrenden gibt es sie) hat einmal mit inhaltlichen und didaktisch-methodischen Problemen zu tun. Inhaltliche und didaktisch-methodische Studienreformen sind in den vorgeschlagenen Maßnahmen nur sehr indirekt angesprochen. Zum anderen hat die Frustration mit der Lerngruppen-Struktur zu tun, deren Hauptkennzeichen gegenwärtig die Vermassung ist. Hier wäre nur durch viel mehr Stellen abzuhefen, und die kommen in den "Maßnahmen" nicht vor (kein Wunder, das Problem ist nicht von den Universitäten zu lösen).

Damit ist nicht gesagt, daß administrative Maßnahmen von vornherein nichts brächten. Nach meiner Auffassung ist etwas Richtiges gesehen, wenn der Punkt "Rücktrittsmöglichkeiten vor Prüfungen" angesprochen wird (bei uns in der Tech Fak praktisch Null!), und wenn darüber nachgedacht wird, wie den studienzeitverlängernden (und Arbeitskraft fressenden) Grauzonen bei schriftlichen Hausarbeiten (Studien-, Diplomarbeiten) beizukommen wäre. Aber nicht administrative Eingriffe der härteren Sorte (Seitenzahlbegrenzung!) und schärfere Überwachung von Fristen bringen eine problemgerechte Lösung, sondern primär die Rückbesinnung auf das inhaltlich und methodisch richtige Maß der Anforderungen; diese Rückbesinnung ist durch nichts zu ersetzen. Das Rechts- und Verwaltungsinstrumentarium gibt nun einmal 13 Semester Studiendauer her, und wesentliches Unterschreiten dieses Wertes wird nur dann die Regel werden, wenn es die Regel wird, daß die inhaltlichen und didaktischen Gestaltungen von Stoff und Anforderungen zur Schnelligkeit anreizen und befähigen. Dazu mag eine übersichtliche Gestaltung von Studienplänen beitragen, aber die Übersichtlichkeit des Planes könnte leicht als Alibi dienen, inhaltliche und didaktische Unübersichtlichkeit oder Undurchsichtigkeit wegzukäschieren.

Immerhin: man weiß im Ministerium offensichtlich auch von diesem Problem, das sei anerkannt. Aber da wirkt es schon fast rührend hilflos, wenn mit ein bißchen Marktwirtschaft nachgeholfen werden soll: mal 10000.-- DM für besonders gute Lehre (ich weiß ja nicht: was bringt eigentlich Drittmittelforschung und Gutachtertätigkeit?), mal mehr Mittel für den, bei dem die Schnellstudierer sich häufen. (Wie viele sind deswegen nicht bei den Schnellstudierern, weil sie abgebrochen ha ben?). Das Ministerium hat hier, positiv gesagt, wohl seine Grenzen gesehen. Und damit bleibt die Vermutung: auch nach Verwirklichung der "Maßnahmen" bleibt der schwarze Peter in der Hand der Universitäten, nämlich die noch nicht befriedigend angegriffene Aufgabe inhaltlicher und didaktischer Studienreform und die Aufrechterhaltung des Lehrbetriebes bei ungenügender Ausstattung mit Lehrkräften.

Martin Becker



meinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinung



Auch wenn der Massnahmenkatalog in erster Linie der *administrativen* Behandlung einer Problemsituation dienen soll und vielleicht nicht als hochschulpolitisches Grundsatzpapier zu werten ist, so kommt m.E. in den Umsetzungsvorschlägen und vor allem in den "Ergänzenden Bemerkungen" (Seiten 9 und 10) doch eine prinzipielle Einstellung zum Ausdruck, die mir Sorgen macht und die ich für hinterfragungswürdig halte. Ich will also nicht zu dem Sinn und mutmasslichen Effekt dieser oder jener Einzelmassnahme Stellung nehmen — es geht mir hier um die Tendenz, dem Studium generell seinen wissenschaftlichen Anspruch zu nehmen. Dies artikuliert sich in der Fiktion, das, was ein wissenschaftliches Fach ausmache, lasse sich sauber in "wesentliches und erforderliches Grundlagenwissen" und "sich schnell überholendes Spezialwissen" aufteilen, mit der Konsequenz: ersteres für alle, letzteres bestenfalls als Fingerübung ("nur noch exemplarisch zum Erwerb methodischer Fähigkeiten") und als Ernstfall nur für (wenige) Graduierte und Promovenden. Ich sehe hier — auf unser Fach bezogen — die Tendenz, das Diplom, das ich hier einmal vereinfachend einem *masters degree* oder einer *maîtrise* gleichsetzen möchte, aus Gründen des "optimalen Studiendurchlaufs" in seinem Anspruch dem Niveau eines *bachelor* oder einer *license* anzupassen. Nur haben wir traditionell an deutschen Universitäten nur *einen* berufsqualifizierenden Abschluss; hält man das Prinzip "ein Studiengang für alle" für revisionsbedürftig, so sollte man das klar sagen und sich nicht mit einem verschwommenen Hinweis auf weithin nicht existente "postgraduale Fortbildungsangebote" begnügen. (Nebenbei: auch das IMMD ist, leider, der Idee eines Graduiertenstudiums bislang nicht nähergetreten). Will man aber ein ernst genommenes wissenschaftliches Studium als Regelfall, erwartet man von akademischer Qualifikation anderes als nur den Nachweis, ein Pensum vom Umfang  $x$  in der Zeitvorgabe  $y$  abarbeiten zu können, so wird man nicht an der Erfahrung vorbeikommen, dass die "Risiken des Hochschulstudiums" eben nicht nur Arbeitsmarkt-Risiken sind, sondern dass der Umgang mit Wissenschaft immer auch das Risiko des Umweges, des Irrtums und der Frustration beinhaltet. Öffnet man die Universitäten für einen grossen Teil eines jeden Jahrganges, so wird man nicht ernsthaft erwarten können, dass diese Anforderungen quasi im Gleichschritt über die Prüfungshürden bewältigt werden — so gleich sind weder Begabungen und Erwartungen, noch die soziale und materielle Situation — es sei denn, man uniformisiert sie auf bescheidenem Niveau. Von den Lehrenden aus gesehen: ich glaube nicht, dass man unser Problem auf griffige Formeln wie *Belastung = Studentenzahl × mittlere Studiendauer* oder *Leistung = angetretende Prüfungen / Vorbereitungszeit* bringen kann. Aber solche Vorstellungen scheinen mir hinter manchen Formulierungen des Massnahmenkatalogs zu stehen. Unser Problem ist die *grosse Zahl*, vielleicht auch in manchen Fällen die mangelnde Motivation oder fehlende Orientierung, (wofür wir durchaus mitverantwortlich sein könnten), aber es sind nicht die legendären "Bummelanten", schliesslich schreibt jeder nur eine Studien- und Diplomarbeit.<sup>1</sup> Sicher sind gelegentlich auch Defizite an Transparenz und überzogene Anforderungen Ursache für überlange Studienzeiten, aber dann kann Selbstdisziplin mehr erreichen als rigoroser Umgang mit verführerisch leicht quantifizierbaren Parametern (Seitenzahl, Bearbeitungsdauer,...).

Auf eine Idee des Massnahmenkatalogs möchte ich abschliessend aber doch noch speziell eingehen: in "zu 13." wird mit der "Freischuss"-Regelung der Juristen geliebäugelt, nach der ein Anreten zu Prüfungen zum frühesten Termin im Durchfallsfalle konsequenzlos ist. Ich stelle mir Folgendes vor: viele werden es zum frühestmöglichen Termin "einmal probieren", manche durchfallen, viele aber mit schlechterem Resultat bestehen als es ihnen nach gründlicherer Vorbereitung möglich gewesen wäre. Dann haben wir kürzere Studienzeiten und eine gesunkenen Notendurchschnitt. Wer wird dann als erster lamentieren, die Qualität der Ausbildung habe nachgelassen?

<sup>1</sup> Hier ein konkreter Vorschlag für eine Massnahme im Studiengang Informatik: Ersetzen der Studienarbeit durch ein zweites Seminar mit obligatorischer schriftlicher Vortragsausarbeitung unter sinnvollen Zeitlimiten, z.B. einen Monat nach gehaltenem Vortrag.

meinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinung

KOMMENTAR EINES WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS  
IN DER STUDIENKOMMISSION

**Betrifft:** Stellungnahme zum Maßnahmenkatalog zur Verkürzung der Hochschulausbildung

Im folgenden werde ich kurz zu dem vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst herausgegebenen Maßnahmenkatalog zur Verkürzung der Hochschulausbildung vom 4.10.1990 Stellung nehmen. Die Schwerpunkte meiner Ausführungen liegen auf der Intensivierung der Studienberatung, der Begrenzung der maximalen Semesterwochenstundenanzahl, der Festlegung einer maximalen Bearbeitungszeit für Studienarbeiten sowie auf die im Maßnahmenkatalog geforderte restriktivere Ermessensausübung bei der Genehmigung von Beurlaubungen und Zweitwiederholungen von Prüfungen.

Eines der Hauptanliegen des Maßnahmenkatalogs zur Verkürzung der Hochschulausbildung ist eine Intensivierung der Studienberatung. Dem Studenten sollen Alternativen zur Hochschulausbildung und mögliche Nachteile einer langen Studiendauer bei der beruflichen Eingliederung aufgezeigt werden. Darüberhinaus soll eine Studienberatung bei der Wahl des Schwerpunktfaches stattfinden. Diese Intensivierung der Studienberatung ist sicherlich ein erstrebenswertes Ziel, das aber nur mit einem erhöhten Personalaufwand zu bewerkstelligen ist. Nachdem die wiss. Angestellten zu den StudentInnen den intensivsten Kontakt haben, wird ein hoher Anteil des Beratungsaufwandes von ihnen übernommen werden müssen. Es erscheint desweiteren fraglich, inwieweit die StudentInnen von den Beratungsstellen der Hochschulen über mögliche Nachteile einer langen Studiendauer bei der beruflichen Eingliederung bzw. über Beschäftigungsrisiken adäquat informiert werden können. Wenn überhaupt wären in diesem Falle sicherlich die Personalchefs aus der Industrie die kompetenteren Ansprechpartner, die zum Beispiel zu Gastvorträgen eingeladen werden könnten.

Gegen eine angemessene Festlegung des Höchstumfangs der Semesterwochenstunden ist sicherlich nichts einzuwenden, allerdings sollte man den StudentInnen einen größeren Freiraum für den Besuch von fachübergreifenden Lehrveranstaltungen einräumen. Bei einer Regelstudienzeit von 9 Semestern mit etwa 150 - 180 SWS sollen nur etwa 5 - 10 SWS - das entspricht nicht einmal 6 Prozent der Gesamtzahl der SWS - für den Besuch fachübergreifender Lehrveranstaltungen veranschlagt werden. Dies erscheint mir doch etwas knapp bemessen, insbesondere hinsichtlich der in unserer Gesellschaft immer mehr zunehmenden Spezialisierung.

Eine Festlegung der maximalen Bearbeitungszeit für eine Studienarbeit ist dagegen wünschenswert, nachdem meines Wissens eine unverhältnismäßig hohe Anzahl der Studienarbeiten weit über ein Jahr dauern, obwohl in der Fachprüfungsordnung angeregt wird, die Anforderungen an die Studienarbeit so zu begrenzen, daß sie in 3 Monaten abzuschließen ist. Einige Studienpläne im Studienführer zur Informatik berücksichtigen sogar nur eine 2-monatige Bearbeitungszeit. Durch eine *angemessene* Begrenzung der Bearbeitungszeit werden einerseits die StudentInnen dazu angehalten ihr Thema ohne größere Unterbrechungen innerhalb eines angemessenen Zeitraumes zu bearbeiten, andererseits können dadurch auch übermäßige Anforderungen an die Studienarbeiten von Seiten der BetreuerInnen vermieden werden.

meinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinung



meinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinung

Die Genehmigung von Anträgen für eine Beurlaubung, um einer Erwerbstätigkeit zur Finanzierung des Studiums nachzugehen, sollte nicht noch restriktiver behandelt werden. Unter den gegebenen BAFÖG-Bestimmungen sind immer noch viele StudentInnen darauf angewiesen, ihr Studium durch eine Nebentätigkeit zu finanzieren. Außerdem arbeiten Informatik-StudentInnen in den meisten Fällen in fachnahen Bereichen, was ihnen einen ersten Kontakt zur Industrie ermöglicht und zusätzliche Praxiserfahrung verschafft. Werden die Genehmigungen der Anträge auf Beurlaubung restriktiver behandelt, so werden dadurch vor allem die finanziell schwachen StudentInnen benachteiligt.

Ein Attest nur noch von VertrauensärztInnen der Hochschule anzuerkennen, halte ich doch für übertrieben und zum Teil auch nicht durchführbar. Nicht nur, daß es PrüfungskandidatInnen mit angezeigter Bettruhe (z.B. hohes Fieber, Schwindelanfälle) nicht zugemutet werden kann, den Vertrauensarzt der Hochschule aufzusuchen (oder macht der etwa Hausbesuche) eine Einteilung der Ärzteschaft in vertrauenswürdig bzw. mißtrauenswürdig ist einfach absurd. Darüberhinaus ist zu bedenken, daß sich eine Reihe von StudentInnen nicht am Studienort auf ihre Prüfungen vorbereiten und ihnen im Falle einer Krankheit nicht zugemutet werden kann, sich wegen eines Attestes an einen am Studienort ansässigen Vertrauensarzt der Hochschule zu wenden.

Zur Vermeidung von sozialen Härtefällen erscheint es angebracht, die Möglichkeit von Zweitwiederholungen nicht einzuschränken. Einige StudentInnen müssen während ihres Studiums für ihren Unterhalt arbeiten und können sich somit nur in begrenzten Maße auf Prüfungen vorbereiten. Auch hier würden bei einer entsprechenden Umsetzung durch die Prüfungskommission die finanziell schwachen StudentInnen benachteiligt werden.

Die geforderte Ausnutzung aller Raum- und Personalkapazitäten zur Abhaltung von Lehrveranstaltungen ist eigentlich selbstverständlich. Auf Grund der bestehenden Raumknappheit können aber nicht alle zusammengehörenden Vorlesungen und Übungen in Blöcken abgehalten werden.

Thomas Kuhn

meinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinung

ALGEBRA-AUFGABEN ANDERSWO.....

Raffinerie und 3 in jedes Kraftwerk, so bleibt einer übrig. Steckt man 2 in jede Raffinerie und 7 in jedes Kraftwerk, so bleiben 2 übrig. Der dritte Teil: Steckt man 2 in jedes Munitionslager und 4 auf jedes Raketensilo, so bleiben 3 übrig. Steckt man 3 in jedes Munitionslager und 2 auf jedes Raketensilo, so bleiben 6 übrig. Wie ist die militärische Situation des Irak, und wie viele Ausländer hat er als Geiseln genommen?"

Algebra-Übungsblatt des Mathematischen Instituts II an der Universität Karlsruhe: „Aufgabe 18 (3 Punkte). Im Irak wird eine gewisse Anzahl (<4000) von Ausländern festgehalten. Die Führung beschließt, sie in drei gleiche Teile aufzuteilen und auf militärisch wichtige Einrichtungen zu verteilen. Der eine Teil: Steckt man 5 an jede Brücke und 3 an jeden Flugplatz, so bleiben 8 Leute übrig. Steckt man 7 an jede Brücke und 2 an jeden Flugplatz, so bleiben 5 übrig. Der nächste Teil: Steckt man 5 in jede

290 DER SPIEGEL 49/1990

Und die Moral von der Geschichte: Keine!  
Ob Affen oder Geiseln, Bananen oder Raketen ist egal, Hauptsache CRA.  
Non universitae, sed vitae...

## Karriere im Blickfeld

Heute planen und vorsorgen mit ZSH

- Bewerbungsstrategien
- Existenzgründungsberatung
- Vermögenswirksame Leistungen
- Private Krankenversicherung
- Altersversorgung
- Finanzierungskonzepte
- Betriebswirtschaftliche Analysen
- Absicherung des Betriebes
- Steuersparprogramme
- Baufinanzierungen, Bausparen

ZSH bietet unabhängige Entscheidungshilfe zur Optimierung Ihrer Berufsplanung. Diese Objektivität ermöglicht erst eine individuelle Versorgungsanalyse und die Ausarbeitung kostengünstiger Finanzierungssysteme.

Zech & Schneider - Helmholtz G m b H

Geschäftsstelle Erlangen  
Ihre Ansprechpartner:  
K. Eberwein, P. Koppe  
Michael-Vogel-Str. 1 d  
Tel.: 09131 / 26028

ZSH Leistung mit Sicherheit seit 1972  
Termine bitte nur nach vorheriger telefonischer Anmeldung